



Altern als Chance

Leitlinien für eine moderne
Seniorenpolitik in Niedersachsen



Niedersachsen

Altern als Chance

Leitlinien für eine moderne
Seniorenpolitik in Niedersachsen

Eine moderne Seniorenpolitik für eine Gesellschaft des langen Lebens



Unsere Gesellschaft befindet sich in einem grundlegenden Wandel. Die Bevölkerungsstruktur wird sich in den kommenden Jahren und Jahrzehnten fundamental verändern. Denn die Gesellschaft altert im raschen Tempo. Bereits heute stellt sich die Frage nach der Generationengerechtigkeit und nach dem, was die Gesellschaft von morgen zusammenhalten wird. Die künftige Gesellschaft des langen Lebens bietet aber auch neue Chancen. Eines wird jetzt schon deutlich: Wir werden ganz neue Wege beschreiten müssen.

Diese Leitlinien sollen einen Beitrag zur Orientierung und zur Diskussion leisten. Sie sollen deutlich machen, dass es einer neuen Schwerpunktsetzung in Politik und Gesellschaft bedarf. Sie sind keine abschließende Vorgabe ›von oben‹ oder bieten ein fertiges Konzept. Sie sollen vielmehr dazu beitragen, ein realistisches Bild vom Alter zu vermitteln. Mit den Leitlinien wollen wir dazu anregen, die heutigen Strukturen zu überprüfen, neue Lösungsansätze zu suchen und den Dialog der Generationen voranzutreiben.

Eine moderne Seniorenpolitik muss Kernstück der Gesellschaftspolitik von morgen sein. Sie verfolgt nicht die Vision der ewigen

Jugend, sondern setzt auf den Mut zum Alter. Sie schafft Rahmenbedingungen, die es älteren Menschen so lange wie möglich erlauben, selbstständig ihr Leben zu gestalten. Eine solche Politik trägt aber auch der Tatsache Rechnung, dass im Alter Krankheiten und Pflegebedarf zunehmen. Die Prävention ist deshalb als politisches Ziel ebenso wichtig wie die Sicherung hoher Qualitätsstandards im Gesundheitswesen und der Pflege.

Ältere Menschen sind in der Gesellschaft des langen Lebens gefragt wie nie zuvor. Wir benötigen ihr Wissen und ihre Mitverantwortung, aber auch ihr aktives Eintreten für ihre Anliegen. Wir müssen ihre Möglichkeiten der Teilhabe verbessern, damit sie ihre Erfahrungen wirkungsvoll in Ehrenamt, Politik und das Wirtschaftsleben einbringen können. Auch dazu wollen diese Leitlinien Ansatzpunkte aufzeigen.

Mit den Leitlinien wollen wir die Diskussion über eine moderne Seniorenpolitik vorantreiben. Wir wollen in diesen Dialog über die Chancen und Herausforderungen der Gesellschaft des langen Lebens alle einbeziehen. Vor allem Kommunen, soziale Verbände, Vereine, Seniorenbeiräte, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und lokale Initiativen sind zum Austausch aufgerufen.

Die Gesellschaft des langen Lebens soll ein Gewinn für alle Menschen sein, die daran teilhaben können. Mit den Leitlinien wollen wir dazu beitragen, gemeinsame Ziele zu formulieren, wie Niedersachsen in Zukunft aussehen soll.

Mechthild Ross-Luttmann
*Niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie
und Gesundheit*



Inhalt

20 Leitsätze für eine moderne Seniorenpolitik in Niedersachsen	8
Das neue Bild vom Alter	12
Bevölkerungsstruktur im Wandel	18
Miteinander der Generationen	24
Gesellschaft des langen Lebens – Erfahrungen und Kompetenzen nutzen	26
Engagiert im Ehrenamt	27
Selbsthilfe – fester Bestandteil der sozialen Landschaft	33
Arbeitsmarkt öffnen	34
Wirtschaft und Senioren – ein Zukunftsthema	38
Teilhabe stärken	42
Altersdiskriminierung bekämpfen	43
Kultur – Faktor sozialer Integration	44

Bildung – lebenslanges Lernen	44
Medien – neue Möglichkeiten nutzen	46
Mobilität – Grundbedürfnis auch im Alter	49
Politik für Senioren als Querschnittsaufgabe für Land, Kommunen, Verbände und Parteien	53

Gesundheit und Alter	58
Prävention und Gesundheitsförderung – eine lebenslange Aufgabe	59
Sport – älter werden und dabei aktiv bleiben	60
Geriatric – Ausbau einer differenzierten Versorgung	62
Rehabilitation – Selbstständigkeit erhalten	64
Pflege – hohe Qualität sichern	65
Demenz – die Alterskrankheit der Zukunft	68
Palliativmedizin und Hospize – in Würde sterben	70

Wohnen im Alter	74
Neue Wohnformen	74
Leben im Heim	78

Besondere Zielgruppen	80
Ältere Menschen mit Behinderungen	80
Gesetzliche Betreuung	83
Das vierte Lebensalter: Hochbetagte	84
Ältere Menschen mit Migrationshintergrund	86
Gleichgeschlechtliche Lebensformen	89

Seniorenpolitische Maßnahmen und Projekte des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit	90
--	-----------

Anhang	96
Ratgeber, Adressen und Links	96
Literaturhinweise	112

20 Leitsätze für eine moderne Seniorenpolitik in Niedersachsen

- 1 Der Wandel in der Struktur der Bevölkerung stellt Politik und Gesellschaft vor vielfältige Herausforderungen. Damit sind aber auch ebenso viele Chancen verbunden. Denn die Gesellschaft des langen Lebens ist ein Gewinn für alle.
- 2 Um die Chancen wahrnehmen zu können, ist ein neues Bild vom Alter und vom Altern notwendig. Das Bild von den ›Defiziten‹, die das Alter angeblich bestimmen, muss ersetzt werden durch ein differenziertes und realistisches Bild, das die vielfältigen ›Potenziale‹ und Bedürfnisse des Alters hervorhebt.
- 3 Alle Menschen haben einen Anspruch, in Würde zu altern. Es muss darum gehen, ihre Selbstständigkeit, Selbstbestimmung und Teilhabe in allen Bereichen des Lebens zu erhalten und zu fördern. Daher ist von großer Bedeutung, dass alte Menschen vor Ort kompetente Beratung für verschiedene Lebenssituationen erhalten können.
- 4 Unsere Gesellschaft kann ihren Zusammenhalt nur dann bewahren, wenn die Generationen nicht gegeneinander, sondern miteinander wirken. Keine Generation ist verzichtbar: Wir brauchen die Ideen der Jüngeren, ihre Dynamik, ihren Schwung, ihre Risikofreude, ihren Drang nach Veränderung ebenso wie wir den Rat, die Erfahrungen und die Kompetenzen der Älteren benötigen.
- 5 Um die Kontakte zwischen den Generationen zu befördern, ist es notwendig, sich für generationenübergreifende Projekte einzusetzen, wie z. B. die Mehrgenerationenhäuser. Wo Jung und Alt sich begegnen, wo sie gemeinsam etwas schaffen, dort wachsen auch Verständnis und eine neue Solidarität der Generationen, dort entsteht eine neue soziale Energie.

- 6 Moderne Seniorenpolitik bedeutet, Menschen der älteren Generationen je nach ihren Möglichkeiten Handlungspotenziale zu eröffnen, um so Eigeninitiative, Selbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement zu fördern.
- 7 Eine größere Öffnung des Arbeitsmarktes für Ältere ist unerlässlich – auch angesichts des sich abzeichnenden Mangels an Nachwuchs. Bei der Arbeitszeit bedarf es flexibler Regelungen, die der individuellen Situation Älterer gerecht werden. Die betriebliche Gesundheitsförderung muss verstärkt werden.
- 8 Die Menschen wollen im Alter nicht auf Lebensqualität verzichten, sie wünschen sich Produkte, die ihre selbstständige Lebensführung erleichtern, nicht aber erschweren. Darin liegen große Chancen für die Wirtschaft.
- 9 Der Ausgrenzung von Menschen aufgrund ihres Alters muss entgegengewirkt werden. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität bis ins hohe Alter. Die Gesellschaft muss Seniorinnen und Senioren Raum zur Entfaltung und Mitwirkung geben.
- 10 Das lebenslange Lernen muss einen hohen Stellenwert haben. Es bedarf noch mehr Anstrengungen hinsichtlich der Nutzung der neuen technischen Möglichkeiten durch Ältere und zur Stärkung ihrer Medienkompetenz.

11 Mobilität ist ein Grundbedürfnis des Menschen. Den Verkehrsmitteln Auto und öffentlicher Personennahverkehr kommen dabei besondere Bedeutung zu.

12 Politik für alte Menschen bedeutet nicht nur Politik für Seniorinnen und Senioren, sondern auch mit ihnen. Die Seniorenräte auf allen Ebenen sind wichtiger Partner der Politik. Die Attraktivität der Kommunen wird ganz entscheidend davon abhängen, welche Lebensqualität sie für ältere Menschen bieten. Wichtiger Partner in der Seniorenpolitik sind auch die Wohlfahrtsverbände.

13 Das aktive Altern zu unterstützen, ist die beste Investition in die Gesundheit älterer Menschen. Ziel ist es, Selbstständigkeit und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten. Prävention ist in jedem Alter möglich und wirksam, Sie braucht einen höheren Stellenwert. Der Sport hat dabei eine unverzichtbare Funktion. Ebenso wichtig sind eine gute Ernährung und Freizeitangebote. Niedersachsen als Gesundheitsland bietet breite Möglichkeiten für ein gesundes Leben.

14 Die Erhaltung der Selbstständigkeit steht im Vordergrund bei der Versorgung und Pflege älterer Menschen. Bei der Weiterentwicklung der geriatrischen Rehabilitation liegt der Schwerpunkt bei der Förderung von ambulanten Pflegediensten, Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen.

15 Demenz ist die Alterskrankheit der Zukunft. Handlungsbedarf besteht vor allem in den Bereichen Früherkennung, Prävention, Behandlung und Betreuung Demenzerkrankter.

16 Jeder Mensch hat das Recht auf ein Sterben in Würde. Ziel ist es, eine möglichst flächendeckende, qualitativ hochwertige Palliativversorgung zu verwirklichen, die auch wirtschaftlichen Kriterien standhält. Eine aktive Sterbehilfe ist abzulehnen. Hospize sind ein unverzichtbarer Teil der Palliativversorgung.

17 Zur Erhaltung von Selbstständigkeit bis ins hohe Alter ist ein vielfältiges, individuell gestaltbares Wohn- und Unterstützungsangebot nötig. Alte Menschen sollen sich an der Entwicklung und Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen beteiligen. Die Kommunen müssen genügend Gestaltungsoptionen bei der Bauleitplanung haben, um neue Wohnformen zu ermöglichen. Der Wohnberatung kommt eine hohe Bedeutung zu.

18 Heime für alle Menschen sollen den Bewohnerinnen und Bewohnern ein möglichst individuelles, selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen.

19 Die Behinderten- und Altenhilfe muss darauf ausgerichtet sein, vorhandene Kompetenzen zu bewahren, weiterzuentwickeln und bedarfsgerechte Unterstützung zu geben. Notwendig ist eine engere Kooperation und Vernetzung zwischen Behindertenhilfe, Altenhilfe, Gesundheitsvorsorge und Pflege.

20 Die Zahl der älteren Menschen ausländischer Herkunft wird stark ansteigen. Auch ihnen ist die Teilhabe an den kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Angeboten zu ermöglichen.



Das neue Bild vom Alter

Noch in den Neunziger Jahren fand ein Buch viel Beachtung, in dem gefordert wurde, alten Menschen das Wahlrecht zu entziehen. Das Alter wurde mit Begriffen charakterisiert wie ›Reduzierung‹, ›Peinlichkeiten‹, ›Psychiatrie‹, ›keine Welt der Taten‹, ›Verfall‹, ›Phase der Hilflosigkeit‹, ›nichts Erhebendes oder gar Erhabenes‹, ›das finale Grauen des körperlichen Verfalls‹. Nur beiläufig war davon die Rede, dass sich dem Alter durchaus auch schöne Seiten abgewinnen lassen.

Heute diskutieren wir viel über die ›alternde Gesellschaft‹. Auch dabei herrscht häufig ein Tenor vor, der einseitig die negativen Folgen des demografischen Wandels betont. Daraus resultiert häufig ein Bild vom Alter, das von Defiziten und Belastungen bestimmt wird. Von ›Altenlast‹, ›Rentenlast‹, ›Pflege­last‹ und auch vom ›Langleb­keitsrisiko‹ ist die Rede. Den Alten wird sogar der ›Krieg der Generationen‹ angedroht.

So wird die Diskussion einerseits von verfehlten Vorwürfen an die ältere Generation, andererseits von einem Negativbild des Alters bestimmt. Es überrascht deshalb auch nicht, dass in der politischen Diskussion vor allem die Situation der Pflege und die Frage nach der Sicherung der Sozialsysteme im Mittelpunkt stehen. Diese Fragen sind natürlich berechtigt und erfordern Antworten. Dennoch vernachlässigt diese einseitige Perspektive, dass die längere Lebenszeit ein großartiger Gewinn ist – für jede und jeden Einzelnen ebenso wie für die Gesellschaft insgesamt. Denn das Alter hat sich gewandelt. Die Fähigkeiten älterer Menschen sind erkennbar größer geworden. Keine Altengeneration jemals zuvor war so gesund, so gut ausgebildet, verfügte über ein so großes Spektrum an Kompetenzen und Interessen, keine war finanziell so gut abgesichert. Und vor allem: Keine Altengeneration zuvor hatte eine positivere Einstellung zum eigenen Alter.

Der größte Wunsch der meisten Älteren ist es, im Alter weiterhin aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können und ein intaktes soziales bzw. familiäres Umfeld zu haben. Der Wunsch nach körperlicher und geistiger Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und

Mobilität im Alter ist ebenfalls sehr stark ausgeprägt. Ferner ist eine ausreichende gesundheitliche, medizinische und pflegerische Versorgung im Alter wichtig. Die größte Angst haben alte Menschen vor Einsamkeit, Isolation und sozialer Ausgrenzung. Dem folgt die Sorge vor Armut, mangelnder finanzieller Versorgung und nicht ausreichender Rente. Sehr häufig wird auch die Angst vor Abhängigkeit im Alter sowohl in körperlicher und psychischer als auch in materieller Hinsicht genannt. Dies macht deutlich: Das Alter ist vielfältig. Politik und Gesellschaft müssen diese unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse wahrnehmen und nach Wegen suchen, ihnen gerecht zu werden. Dabei ist stets von großer Bedeutung, nicht für, sondern mit den alten Menschen zusammen nach Lösungen zu suchen und Entscheidungen zu treffen.

Denn immer mehr Menschen im Alter über 60 wollen sich nach dem Arbeitsleben oder dem Leben für Familie und Kinder nicht einfach zurückziehen, um sich ihren Hobbies zu widmen oder auf Reisen zu gehen. Sie suchen vielmehr nach einem aktiven gesellschaftlichen Leben, engagieren sich in Vereinen, Initiativen und Gruppen. Die »Alten« von heute wollen sich einmischen, wollen dabei sein und erheben ihre Stimme. Schon heute liegt in der Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen der Anteil der freiwillig Engagierten bei 40 % – mit weiter wachsender Tendenz. Für viele Ältere ist der »Ruhestand« keine hinreichende Perspektive mehr. Sie wollen ihr Erfahrungswissen einbringen, etwas Neues lernen und Neues auf die Beine stellen. Schon heute würde ohne die »Alten« sehr viel in unserem Land nicht möglich sein. erinnert sei nur daran, dass von den pflegenden Angehörigen – vorwiegend Frauen – rd. 35 % selbst 65 Jahre und älter sind!

Die meisten Menschen sind nach wie vor bereit, Verantwortung für ihre Familie, für andere Menschen, für die Gesellschaft insgesamt zu übernehmen: Sei es im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements, als ehrenamtliche Betätigung, sei es als Brückenfunktion zu nachfolgenden Generationen – viele Familien profitieren von der emotionalen, praktischen und nicht zuletzt auch finanziellen Hilfe der »Alten«!



Diesem Land ginge es ohne »die Alten« nicht besser, sondern weitaus schlechter. Damit es ihm auch weiterhin gut geht, ist es notwendig, die Stärken des Alters anzuerkennen und zu nutzen. Denn Alter muss nicht Abbau und Verlust bedeuten, sondern ist vielfach geradezu ein Gewinn, sogar eine Zunahme von Kompetenzen und Potenzialen.

Tatsache ist jedoch, dass die vielfach vorhandenen Fähigkeiten und Kompetenzen älterer Menschen noch weitgehend ungenutzt bleiben. Es fehlt an Angeboten, die Ältere motivieren, mitzuarbeiten, sich einzusetzen und einzubringen. Insbesondere bei den Frauen scheint es bisher ungenutzte Potenziale für ehrenamtliches Engagement zu geben. Denn zusätzlich zu den 31% freiwillig engagierten Niedersächsinnen zeigen 32 % der Frauen Interesse am freiwilligen Engagement (Freiwilligen-Survey Niedersachsen). Auch wenn die älteren weiblichen Jahrgänge engagierter sind als die jüngeren, so besteht in beiden Gruppen noch ein deutlicher Abstand zu den Männern.

Dieses Defizit werden wir uns nicht länger leisten können. In einer Gesellschaft, in der es nicht zu viele Alte, sondern zu wenig Junge



gibt, entscheidet sich die Zukunftsfähigkeit daran, ob es gelingt, die Bereitschaft der Älteren – Frauen und Männer – zum Engagement aufzugreifen und ihre Kompetenzen zu nutzen. Wichtig ist zu erkennen, dass Frauen und Männer in ihrem Leben unterschiedliche Kompetenzen, die gleichermaßen anerkannt werden müssen, erworben haben und dadurch ein vielfältiges Spektrum an Tätigkeiten abdecken können. Dazu ist es unabdingbare Voraussetzung, von den bisherigen Altersvorstellungen Abstand zu nehmen.

Die Gesellschaft – auch die Wirtschaft – sollte nicht nur die Kosten, die Ältere verursachen, diskutieren, sondern vielmehr auch

deren Nutzen. Es muss Schluss sein mit der unerträglichen Ausgrenzung Älterer aus dem Erwerbsleben, mit der sich Deutschland deutlich von anderen europäischen Ländern unterscheidet. Altersgrenzen gehören auf den Prüfstand. Die mangelnde Innovationsfähigkeit älterer Arbeitnehmer wird allseits behauptet, ist jedoch nirgends eindeutig belegt. Es ist absehbar, dass die Unternehmen es sich nicht mehr leisten können, auf die Erwerbsbeteiligung von 55- bis 65-Jährigen weitgehend zu verzichten.

Um den »jungen Alten« sinnvolle Möglichkeiten für ihr soziales Engagement zu eröffnen, werden mit Unterstützung des Niedersächsischen Sozialministeriums vielerorts schon heute so genannte Engagement-Lotsen eingesetzt, die als Mentoren anderen dabei helfen, sich einzubringen, indem sie neue Felder für ehrenamtliche Tätigkeiten erschließen. Wir müssen daran gehen, ein System lokaler Freiwilligendienste zu schaffen und lokale Foren für freiwilliges Engagement im Alter aufzubauen. Wenn dies generationenübergreifend geschieht, nicht im Gegen-, sondern im Miteinander von Alten und Jungen – um so besser. Dabei erweisen sich schon heute die Mehrgenerationenhäuser, die zuerst in Niedersachsen gegründet wurden und nun auch in ganz Deutschland entstehen, als wichtige Kristallisationspunkte. Es sind offene Tageseinrichtungen, in denen sich Junge und Alte in ungezwungener Atmosphäre begegnen. Aus ihrem Miteinander erwachsen gegenseitige Hilfe und neue soziale Energie für gemeinsame Ideen und Projekte. Dort wird deutlich, dass der viel zitierte »Krieg der Generationen« nicht stattfinden muss, sondern vor allem dem Hang mancher Medien zur verbalen Zuspitzung entstammt.

Aufgabe der Politik auf allen Ebenen muss es sein, solche Orte des Engagements und des Miteinanders zu schaffen. Denn dort wird deutlich: Die Gesellschaft des langen Lebens ist keine nationale Katastrophe, sondern bietet Chancen, die wir aufgreifen und nutzen müssen. Das kann nur gelingen, wenn ältere Menschen nicht zu einem Kosten- und Lastenfaktor reduziert, sondern als produktiver und unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft begriffen werden.

Bevölkerungsstruktur im Wandel

In Niedersachsen leben 1,73 Millionen Kinder, das sind 22 % der Gesamtbevölkerung. Rund zwei Millionen Menschen sind älter als 60 Jahre, das sind 25 % der Gesamtbevölkerung.

Dieses Verhältnis wird sich deutlich verändern. Die Zahl der Älteren ab 60 Jahren wird sich bis 2050 auf knapp 2,6 Millionen erhöhen. Sie werden dann 33 % der Bevölkerung stellen. Demgegenüber wird die Zahl der Kinder auf 1,33 Millionen sinken, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung beträgt dann nur noch 17 %. Das heißt: Es werden dann doppelt so viele alte Menschen leben wie Kinder. Dabei wird es deutlich mehr ältere Frauen als ältere Männer geben.

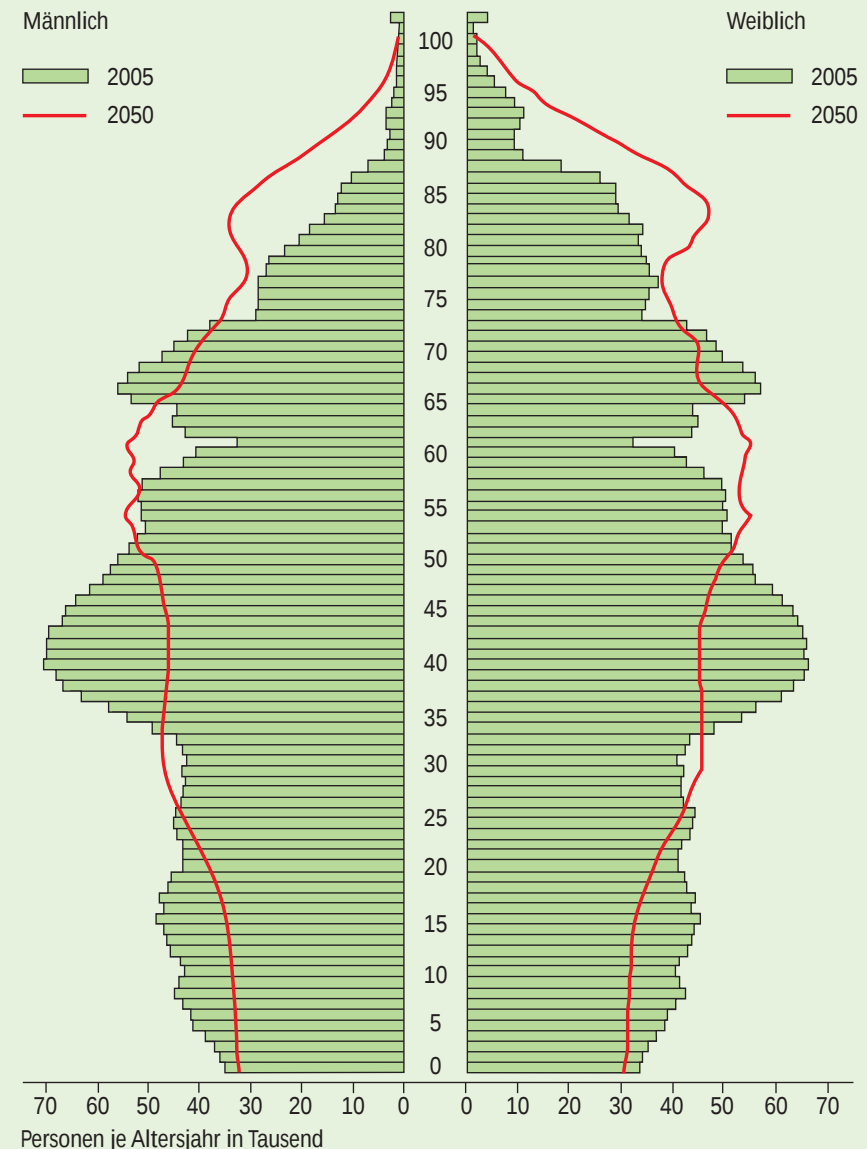
Vor allem ab dem Jahr 2020 ist mit einer zunächst noch langsamen, dann immer schnelleren Abnahme der Bevölkerung zu rechnen. Ab 2015 werden die geburtenstarken Jahrgänge der 1950/60-er Jahre das Rentenalter erreichen. Dadurch wird sich die Altersstruktur deutlich zugunsten der Älteren verschieben. Auch der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund wird erheblich größer werden.

Die sogenannte Alterspyramide wird sich daher in ihrem Aussehen zunehmend dem einer seltsam geformten Säule annähern: An die Stelle der stärker besetzten Jahrgänge treten allmählich zahlenmäßig deutlich schwächer besetzte Jahrgänge. Die Anzahl der Hochbetagten, d. h. Personen, die 80 Jahre alt oder älter sind, wird den Vorausberechnungen zufolge auf 865.000 im Jahr 2050 steigen. Damit wird sich ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung von heute 4,7 % auf 11,3 % mehr als verdoppeln.

Allerdings ist die Entwicklung der Altersstruktur in Niedersachsen von starken regionalen Unterschieden gekennzeichnet. Während zum Beispiel der Landkreis Osterode schon heute als der ›älteste‹ Landkreis Deutschlands gilt, weist der Landkreis Cloppenburg die höchste Geburtenrate in ganz Deutschland auf.

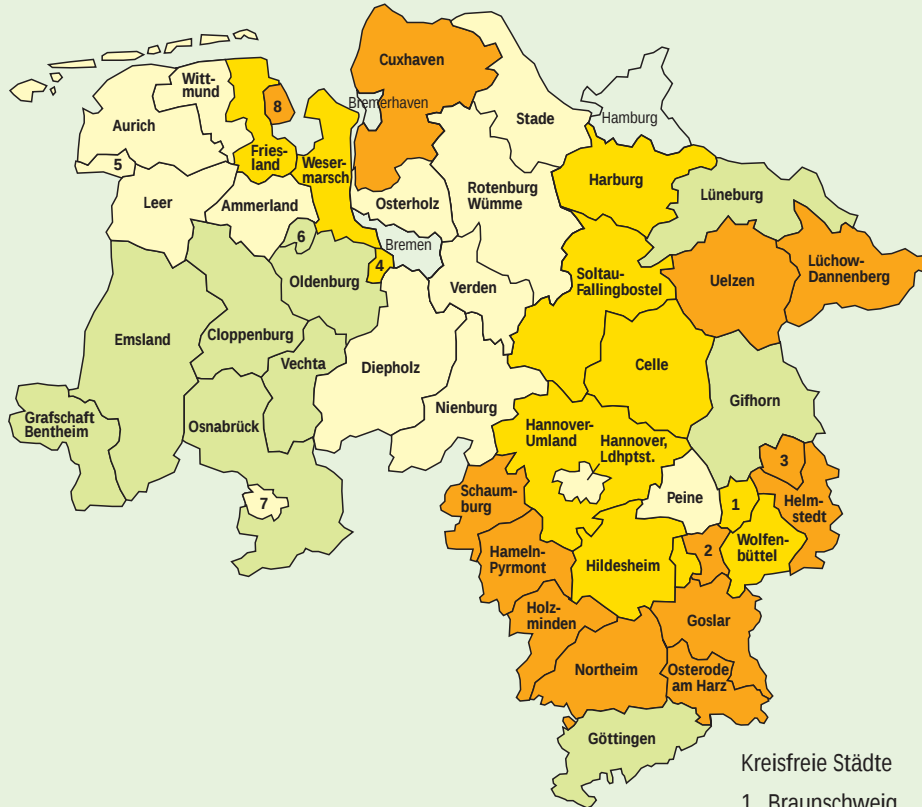
Insgesamt gibt es innerhalb Niedersachsens eine klare Aufteilung: ›Jung im Nord-Westen – Alt im Süd-Osten‹. Es ist zu erwarten, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen erkennbar zunehmen werden. (s. Abb. Seite 20/21)

Bevölkerungsstruktur Niedersachsens 2005 und 2050 im Vergleich



Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

Anteil der Personen im Alter von 60 Jahren und mehr an der Gesamtbevölkerung 2005



Personen im Alter von 50 Jahren und mehr
in Prozent der Bevölkerung 2005

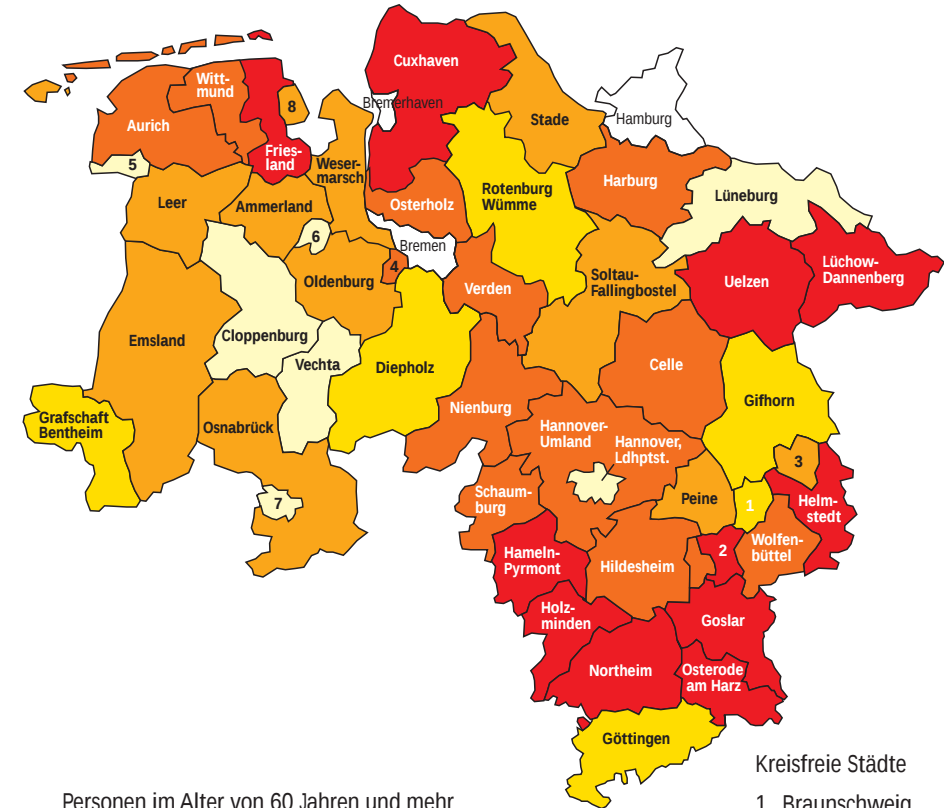
27,0 und mehr	(13)
25,0 bis unter 27,0	(10)
23,0 bis unter 25,0	(13)
unter 23,0	(11)

Minimum 18,64 (Vechta)
Maximum 31,06 (Osterode am Harz)
Landesdurchschnitt 25,03

Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

Anteil der Personen im Alter von 60 Jahren und mehr an der Gesamtbevölkerung 2020



Personen im Alter von 60 Jahren und mehr
in Prozent der Bevölkerung am 31.12.2020

31,0 und mehr	(11)
29,0 bis unter 31,0	(13)
27,0 bis unter 29,0	(11)
25,0 bis unter 27,0	(6)
unter 25,0	(6)

Minimum 22,20 (Vechta)
Maximum 36,77 (Lüchow-Dannenberg)
Landesdurchschnitt 28,33

Kreisfreie Städte

- 1 Braunschweig
- 2 Salzgitter
- 3 Wolfsburg
- 4 Delmenhorst
- 5 Emden
- 6 Oldenburg (Oldb)
- 7 Osnabrück
- 8 Wilhelmshaven

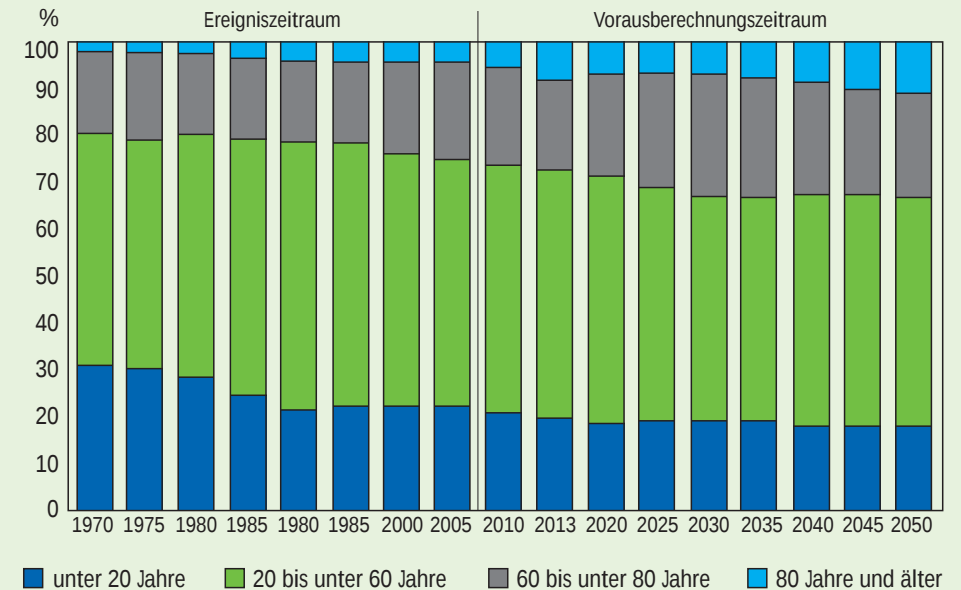
Auf der Basis der bisherigen demografischen Entwicklung werden regelmäßig Bevölkerungsvorausberechnungen durchgeführt, um längerfristige Entwicklungstendenzen der Bevölkerung, deren räumliche Verteilung sowie deren strukturelle Veränderungen besser einschätzen zu können.

Eine Bevölkerungsvorausberechnung ist keine Vorhersage, sondern macht auf Tendenzen aufmerksam. Diese treten dann ein, wenn die der Vorausberechnung zugrunde gelegten Annahmen bezüglich Geburtenhäufigkeit, Sterblichkeit, Wanderungen, etc. zutreffen.

Die Veränderungen der Anteile Älterer an der Gesamtbevölkerung werden, anders als bei den Jüngeren, stärker von Wanderungsbewegungen beeinflusst, sei es, dass junge Leute aus beruflichen Gründen fortziehen, oder Ältere zuziehen, weil der neue Wohnort den Bedürfnissen der Älteren besser entspricht.

Ein nicht gleichmäßiges Bild der Veränderung ergibt sich auch aufgrund der unregelmäßigen Besetzung der Altersgruppen.

Proportionales Erscheinungsbild spezifizierter Altersgruppen in ausgewählten Jahren des Beobachtungszeitraumes 1970 bis 2050



Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

Miteinander der Generationen

Der Wandel in der Bevölkerungsstruktur lässt sich nur dann als Chance nutzen, wenn wir erkennen: Wir brauchen die Ideen der Jüngeren, ihre Dynamik, ihren Schwung, ihre Risikofreude, ihr Drängen nach Veränderung ebenso wie wir den Rat der Erfahrenen benötigen, die sorgsam zwischen gegebenen Möglichkeiten und Grenzen abwägen. Wir brauchen nicht das Gegeneinander, sondern das Miteinander der Generationen.

Keine Generation darf überfordert werden. Die Bedürfnisse der älteren Generation müssen mit den Lebenschancen der jüngeren verknüpft werden, so dass unsere Gesellschaft ein gemeinsames Haus für alle Generationen bleibt. Genauso wenig wie alte Menschen an den Rand der Gesellschaft gehören, dürfen auch die Jungen nicht zu einer Minderheit werden, deren Interessen kein Gehör mehr finden. Wir brauchen eine lebendige Gesellschaft, an deren Gestaltung sich alle Generationen aktiv beteiligen, die allen eine gerechte Teilhabe auch in Zukunft ermöglicht. Deshalb ist es wichtig, sich für generationenübergreifende Projekte einzusetzen. Wo Jung und Alt sich begegnen, wo sie gemeinsam etwas schaffen, dort wachsen auch Verständnis und eine neue Solidarität der Generationen, dort entsteht neue soziale Energie.

Die Familie ist nach wie vor der zentrale Ort des gelebten Miteinanders der Generationen. Sie zu stärken und ihr bei ihren Aufgaben zur Seite zu stehen, ist eine zentrale gesellschaftspolitische Aufgabe. Allerdings befindet sich die Familienstruktur im Wandel. Die Anzahl der »Mehrgenerationenfamilien« nimmt deutlich ab, die Anzahl der Einpersonenhaushalte hingegen nimmt deutlich zu. Der demografische Wandel wird es mit sich bringen, dass mehr ältere Menschen als heute keine eigenen Kinder haben oder aber weit entfernt von ihren Kindern und Verwandten leben. Gerade dieser Personenkreis sucht häufig nach neuen sozialen Netzwerken.

Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt daher die Vernetzung von generationenübergreifenden Projekten und kooperiert eng mit der »Niedersächsischen Landesagentur Generationendialog«. In den seit 2003 in Niedersachsen entstandenen Mehrgenerationen-



häusern lernen Alte von Jungen zum Beispiel den Umgang mit neuen Techniken. Junge profitieren vom reichhaltigen Erfahrungswissen der Älteren. Mehrgenerationenhäuser fördern die Begegnung, den Austausch, die Nachbarschaftshilfe und kulturelle Aktivitäten. So wachsen Miteinander und Verständnis. Das nutzt dem ganzen Gemeinwesen. Inzwischen hat der Bund die Idee dieser Einrichtungen aufgegriffen und mit Erfolg das »Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser« gestartet.



Gesellschaft des langen Lebens – Erfahrungen und Kompetenzen nutzen

Dass die Menschen älter werden bei höherer Lebensqualität als in früheren Zeiten, ist kein Schreckenszenarium, sondern ein erfreulicher Beleg für die zivilisatorische Entwicklung einer humanen Gesellschaft. Diese Entwicklung ist ein Gewinn für alle.

Deshalb darf die demografische Alterung auch nicht zum Sündenbock für eine Reihe von Entwicklungen vor allem in der Sozial- und Gesellschaftspolitik gemacht werden. Vielmehr ist es notwendig, unsere bisherigen Konzepte vor dem Hintergrund der neuen Bedingungen zu überprüfen und entsprechend anzupassen oder neu zu fassen.

Dafür sind positive Leitbilder gefragt, denn es besteht kein Grund zur Panik, sondern zum Handeln. Wir müssen in allen Teilen der Gesellschaft überlegen, wie wir die Chancen des Alterns nutzen, wie wir mit den Herausforderungen umgehen, um im Ziel die Lebensqualität aller Generationen zu erhöhen und Wohlstand zu bewahren. Die Generation der Seniorinnen und Senioren von heute ist so gut ausgebildet, so gesund, mobil und bereit, weiterhin dazuzulernen und sich einzubringen wie keine ältere Generation zuvor. Eine Gesellschaft, die diese Ressourcen an Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen nicht nutzt, kann ihre Potenziale nicht ausschöpfen und setzt ihre Zukunftsfähigkeit aufs Spiel.

Engagiert im Ehrenamt

Viele ältere Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Aber viele suchen auch noch nach Möglichkeiten, sich einzubringen. Sie wollen Verantwortung übernehmen, etwas leisten – für Andere, aber auch für ihr eigenes Selbstwertgefühl. Sie wollen einen Beitrag zur Gestaltung und zum Funktionieren des Gemeinwesens erbringen. Niedersachsen gehört zur Spitzengruppe der Bundesländer beim bürgerschaftlichen Engagement. Es hatte in diesem Bereich im Zeitraum von 1999 bis 2004 die größten Zuwächse, insgesamt 6 %. Dabei war der Zuwachs in der Gruppe der über 65-Jährigen mit 9 % am höchsten. Jetzt sind 30 % von ihnen ehrenamtlich tätig.

Dennoch braucht auch diese Gruppe geeignete Rahmenbedingungen, Motivation und Anregung. Ihr Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Schon heute sagen weitere 11 % der über 65-Jährigen, dass sie sich gern engagieren würden. Es braucht daher zielgerichtete Anstrengungen, um ältere Frauen und Männer für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen und ihnen »passgenaue« Angebote zu machen.

Individuelle Kompetenzen und Erfahrungen Älterer können zum Beispiel in besonders guter Weise in einem »Freiwilligen Jahr für Senio-

rinnen und Senioren« genutzt werden. Ältere engagieren sich über einen mittel- bis längerfristigen Zeitraum (ca. ab sechs Monaten) verbindlich in einer bestimmten Aufgabe, ähnlich dem »Freiwilligen Sozialen/Ökologischen Jahr« für junge Menschen. Die denkbaren Einsatzfelder sind vielfältig: ob im sozialen Bereich, im Bereich der Bildung, der Kultur oder Umwelt. Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt dazu zwei Modellprojekte, eines im Landkreis Osnabrück, das andere in der Stadt Hannover.

Das Ehrenamt stärken möchte das Niedersächsische Sozialministerium auch mit dem neuen Projekt »Engagement Lotsen Für Engagierte Niedersachsen« (ELFEN). Vor Ort ausgewählte Freiwillige aller Altersgruppen werden qualifiziert, um als Lotsen und Anregende für bürgerschaftliches Engagement auf lokaler Ebene wirksam werden zu können. Sie sollen anleiten, beraten, koordinieren und durchführen, um so dem freiwilligen Engagement neue Potenziale zu erschließen und Bestehendes bei Bedarf zu unterstützen.

Darüber hinaus trägt das Niedersächsische Sozialministerium mit der Freiwilligenakademie Niedersachsen zur Qualifizierung Ehrenamtlicher bei. Dort werden Angebote aus ganz Niedersachsen zur Fort- und Weiterbildung, die das freiwillige Engagement unterstützen, zusammengefasst.

Vor Ort bieten die Freiwilligenagenturen mit Hilfe des Landes Ehrenamtlichen Unterstützung und Vernetzung an. Inzwischen besteht ein flächendeckendes Angebot solcher Agenturen, so dass Niedersachsen über eine leistungsfähige Infrastruktur im ehrenamtlichen Bereich verfügt, die dazu beiträgt, die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement zu verbessern.

Diese Struktur gilt es zu festigen und nach Möglichkeit auszubauen. Sie trägt nicht zuletzt dazu bei,

- die gewachsenen individuellen Bedürfnisse älterer Frauen und Männer bei der Ausgestaltung des Engagements zu berücksichtigen,
- die Zusammenarbeit von haupt- und ehrenamtlichen Kräften besser abzustimmen,
- professionelle Begleitung zu ermöglichen,



- rechtliche Fragen sowie Fragen des Unfall- und Haftpflichtversicherungsschutzes zu klären,
- die spezifischen Kenntnisse und Fähigkeiten Älterer, die oftmals hauptberuflich, vielfach aber auch durch in der Familie erworbene Kompetenzen vorgeprägt sind, »passgenauer« zu nutzen,
- Fortbildung und Qualifizierung zu verbessern,
- die Anliegen von Freiwilligen und Kommunen und Verbänden besser aufeinander abzustimmen,
- neue Formen und Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements zu entwickeln und zu unterstützen.

Wichtig für Ehrenamtliche ist es auch, voneinander zu wissen, von anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten zu lernen. Dabei hilft der vom Niedersächsischen Sozialministerium eingerichtete Freiwilligen-Server (www.freiwilligenserver.de). Er hilft bei der Informationssuche, vermittelt den Weg zu anderen Aktiven und gibt Auskünfte über die Tätigkeit von Organisationen. Der Freiwilligen-Server ist zu einem unersetzlichen Informationsportal rund um das Ehrenamt in Niedersachsen geworden.

Wünschenswert ist eine stärkere Förderung freiwilligen Engagements insbesondere an der Schwelle des Übergangs vom Beruf in den ›Ruhestand‹. Das gilt auch für die Förderung des ehrenamtlichen Engagements von Frauen, die nach dem Erwachsenwerden der Kinder oder dem Tod des Partners ihre Kompetenzen im Ehrenamt – meist in sozialen Organisationen, Kirchen und Verbänden – einbringen möchten. Auch hier können die Freiwilligenagenturen dazu



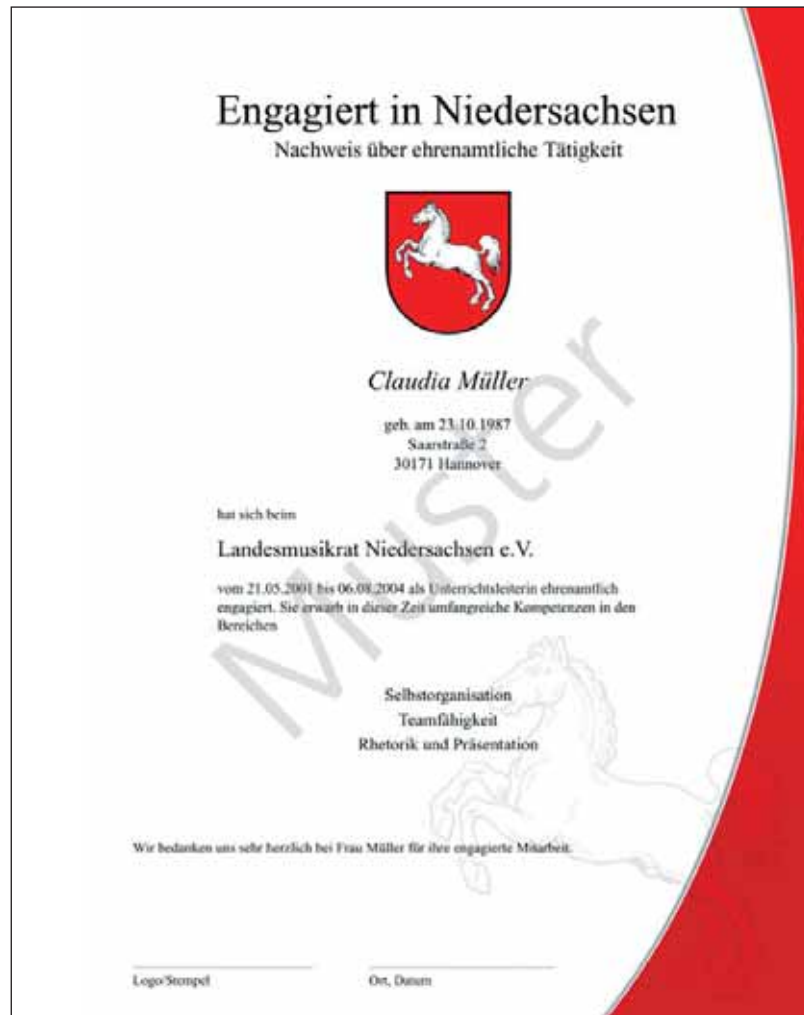
beitragen, gezielte Maßnahmen zusammen mit den Unternehmen zu entwickeln und durchzuführen. Die Möglichkeiten für Unternehmen, freiwilliges Engagement zu unterstützen, sollten noch stärker ausgelotet werden, auch im Hinblick auf einen internationalen Vergleich.

Weil insgesamt die Schere im ehrenamtlichen Engagement zwischen Frauen und Männern zu Ungunsten der Frauen noch größer geworden ist, sollte ein besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, das ehrenamtliche Engagement von Frauen frühzeitig zu erhöhen. Dazu müssen neben den flankierenden Randbedingungen einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Engagement auch genügend Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden.

Das Niedersächsische Sozialministerium hat dazu mit einer Veranstaltungs- und Qualifizierungsreihe ›Frauen im Ehrenamt‹, mit dem Mentoring-Programm für mehr Frauen in der Kommunalpolitik und nicht zuletzt mit der Förderung von bürgerschaftlichen Netzwerken von Frauen einige Beiträge geleistet. In erfreulicher Weise sind auch die niedersächsischen Landfrauenverbände und der Landessportbund im Bereich der Qualifizierung tätig und erfolgreich.

Von Bedeutung ist auch der Aspekt der Anerkennung des Engagements und die Ehrung von ehrenamtlich tätigen Frauen. Ehrenamtliche Tätigkeit wird nicht zuletzt von vielen älteren Frauen als ›stilles Tagwerk‹ ohne wesentliche Beachtung und gesellschaftliche Anerkennung geleistet. Noch immer werden weit mehr Männer für hohe Auszeichnungen vorgeschlagen. Zwar ist es Tatsache, dass es viele Frauen gibt, die auf Ehrungen und Ordensauszeichnungen bewusst verzichten, dennoch kann die öffentliche Anerkennung den Einsatz engagierter Frauen noch mehr in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

Mit dem landesweiten Kompetenznachweis über ehrenamtliche Tätigkeit ergänzt das Niedersächsische Sozialministerium die Anerkennungskultur in Niedersachsen um eine wichtige Komponente. Der Kompetenznachweis ist gleichermaßen Nachweis und Anerkennung für geleistetes Engagement. Mit ihm sollen wichtige Qualifika-



tionen, Fähigkeiten und Kompetenzen sichtbar gemacht werden, die auch Schlüsselqualifikationen für die berufliche Tätigkeit sein können. Er kann bei Bewerbungen eine ausschlaggebende Bedeutung haben. Ihn können alle erwerben, die sich regelmäßig oder zeitlich befristet mindestens 80 Stunden im Jahr in einer Organisation, einem

Verband, einem Verein oder einer Initiative freiwillig und ehrenamtlich engagieren.

Nähere Informationen zum Kompetenznachweis sind im Freiwilligen-Server (www.freiwilligenserver.de) zu finden.

Wer sich freiwillig für andere Menschen einsetzt, der soll sich keine Sorgen über Notfälle machen. Die Landesregierung ist deshalb aktiv geworden und bietet allen ehrenamtlich Aktiven einen kostenlosen Versicherungsschutz bei Haftpflicht und Unfällen. Ausführliche Informationen hierzu gibt es im Freiwilligen-Server.

Selbsthilfe – fester Bestandteil der sozialen Landschaft

Ein großer Anteil ehrenamtlicher Arbeit wird in Selbsthilfegruppen erbracht. Auch im Seniorenbereich sind sie eine notwendige und unverzichtbare Ergänzung zu den sozialen Diensten. Sie tragen ganz wesentlich dazu bei, die Kompetenzen von alten Menschen zu bewahren und zu stärken. Die gemeinschaftliche Selbsthilfe ist ein wichtiges Element, die das Selbstbewusstsein stärkt und die eigene Lebensqualität erhöht.

Kennzeichen der Selbsthilfe ist eine enorme Vielfalt. Ob im Bereich der Gesundheit oder der Pflege, ob im kulturellen oder sozialen Bereich – überall sind ältere Menschen hoch engagiert, ihre Lebensverhältnisse mit eigener Kraft zu verändern.

Nach wie vor gibt es eine große Nachfrage nach Selbsthilfeaktivitäten. Dieses Potenzial muss auch weiterhin unterstützt werden durch das Selbsthilfebüro Niedersachsen und die Selbsthilfekontaktstellen, die es nahezu flächendeckend in Niedersachsen gibt. Sie ermöglichen die Gründung und erleichtern den Zugang zu Selbsthilfegruppen, sie fördern und vernetzen deren Arbeit.

Die Seniorenselbsthilfe ist ein fester Bestandteil der sozialen Landschaft in Niedersachsen, die eine stetige Unterstützung auf allen Ebenen verdient.

Arbeitsmarkt öffnen

Eine Gesellschaft mit einem wachsenden Anteil Älterer kann es sich nicht leisten, auf deren Kompetenzen und Fähigkeiten weder im Ehrenamt noch auf dem Arbeitsmarkt zu verzichten – zumal angesichts eines sich deutlich abzeichnenden Mangels an Nachwuchs.

Die Leistungs- und Innovationsfähigkeit, die Stellung unseres Landes im Wettbewerb hängt wesentlich von der Frage ab, ob es gelingt, den Arbeitsmarkt auch tatsächlich für Ältere zu öffnen. Notwendig ist ein grundsätzliches Umdenken in den Unternehmen, das Abschied nimmt vom jugendzentrierten Mitarbeiterideal und stattdessen eine ausgewogene Altersstruktur anstrebt. Auch hier gilt es, Abschied zu nehmen von den ›Defizitvorstellungen‹ im Hinblick auf ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um deren Potenziale zu nutzen.

Anreize für Frühverrentungen und Vorruhestandsregelungen sollten abgebaut werden. Stattdessen muss es darum gehen, langfristig in die Mitarbeiterschaft zu investieren.

Allerdings müssen auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich neu orientieren: Es geht um die Bereitschaft, wechselnde Tätigkeiten auszuüben, lebenslang zu lernen und längere Lebensarbeitszeiten anzunehmen.

Heute gehen Beschäftigte durchschnittlich fünf bis zehn Jahre früher in Rente als noch eine Generation zuvor – bei vergleichsweise besserem Gesundheitszustand und höherer Lebenserwartung. In Zukunft jedoch sollen Beschäftigte bis zu einem Alter von 67 Jahren arbeiten. Somit wird das Durchschnittsalter der Belegschaften deutlich ansteigen.

In Deutschland beträgt der Anteil von älteren Beschäftigten (55–64 Jahren) zurzeit nur rund 45 %. In Schweden sind es rund 70 %, ebenso in Norwegen, in der Schweiz 66 % und in den USA 60 %. In 15 % der deutschen Betriebe haben Bewerber über 50 Jahre überhaupt keine Chance. Ein weiteres Drittel stellt Ältere nur ein, wenn es dafür Zuschüsse gibt.



Oft sind Vorurteile dafür die Ursache. Denn auch Ältere können den technischen Fortschritt meistern. Es ist außerdem ein weit verbreiteter Irrtum, dass mit dem Alter die Innovationsfähigkeit sinkt. Bestimmte Kompetenzen nehmen mit dem Alter zu. Erfahrungswissen ermöglicht leichter den souveränen Umgang mit Herausforderungen und Krisen. Erfahrung stärkt auch die Persönlichkeit und die Führungsqualität. Komplexität lässt sich von älteren Menschen oft besser bewältigen als von jungen.

Die Europäische Union hat das Ziel gesetzt, die Erwerbsquote von älteren Beschäftigten bis 2010 auf 50 % zu steigern. Dieses Ziel wird vom Land Niedersachsen unterstützt.

Studien belegen, dass gerade altersgemischte Teams die besten Arbeitsergebnisse erzielen und den notwendigen Erfahrungs- und Wissenstransfer sicherstellen. Immer mehr Firmen wissen die Kompe-

tenz und das Engagement zu schätzen. Sie interessieren sich dafür, wie sie ältere Beschäftigte am besten einsetzen, fortbilden und unterstützen können. Doch noch sind sie nur Vorboten einer Entwicklung, die schon bald die gesamte Wirtschaft erfassen wird. Dann werden die Älteren gebraucht, vor allem die Qualifizierten, weil der Fachkräftemangel evident geworden ist. Wer sich frühzeitig darauf einstellt und die Weichen stellt, wer in seiner Personalpolitik die ›Jungendzentrierung‹ überwindet, hat Vorteile im Wettbewerb.

Notwendig sind bessere Arbeitsbedingungen für Ältere und gemeinsames Handeln der Sozialpartner. Die zahlreichen guten Beispiele, die zeigen, dass es auch im Interesse der Betriebe selbst liegt, Ältere einzustellen oder weiter zu beschäftigen, müssen zur Regel werden.

In der Arbeitsmarktpolitik sind weiterhin Maßnahmen zur Qualifizierung und Weiterbildung von älteren Beschäftigten notwendig. Anzustreben ist, die Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen, um ihre produktive Weiterbeschäftigung zu fördern und sicherzustellen. Dabei muss inner- und außerbetrieblich die Möglichkeit zu lebenslangem Lernen und Qualifizierung bestehen. Qualifizierungsmaßnahmen müssen noch stärker in die Arbeitswelt integriert werden. Hierzu ist das kooperierende Engagement der Belegschaften, der Unternehmen und der Weiterbildungseinrichtungen erforderlich.

Weiterhin sind Anreize für Unternehmen zur Einstellung von Älteren notwendig. Für ältere Langzeitarbeitslose sollten gemeinsam mit dem Bund Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlich sinnvoller gemeinnütziger Arbeit durchgeführt werden. Die Unternehmen müssen Kreativität entwickeln, um altersgerechte Arbeitsbedingungen zu schaffen.

Bei der Arbeitszeit bedarf es flexibler Regelungen, die den Bedürfnissen älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerecht werden. Insbesondere flexible Übergangsmodelle können die Attraktivität und die Motivation zu längerer Lebensarbeitszeit erhöhen und zu mehr Zeitsouveränität führen. Sinnvoll sind langfristige Arbeitszeitkonten, die bundesrechtlich abgesichert werden sollten.



Auch die Gesundheitsförderung nimmt eine wichtige Rolle ein. Trotz erheblicher Erleichterungen in der Arbeitswelt durch technische Neuerungen gibt es noch immer – und zum Teil auch neue – körperlich belastende Tätigkeiten. Dabei ist es falsch, von vorn herein davon auszugehen, dass ältere Arbeitnehmer weniger belastbar oder weniger kreativ seien als jüngere. Dem Nachlassen bestimmter Fähigkeiten im Alter stehen spezifische Stärken gegenüber, die für die Betriebe nicht zuletzt im Zuge der Globalisierung der Wirtschaft von großer Bedeutung sind. Denn gerade im internationalen Geschäft kommt es auf persönliche Beziehungen und Lebenserfahrung, Standfestigkeit und strategische Fähigkeiten an, über die zumeist ältere Beschäftigte verfügen.

Ein gutes Beispiel, wie die Herausforderungen des demografischen Wandels in der Wirtschaft aufgegriffen werden können, gibt der Landkreis Osnabrück mit seinem ›Netzwerk für altersgerechte Arbeit‹. Mit den Unternehmen werden dort konkrete betriebliche Schritte und Maßnahmen entwickelt, um das Altern als personalpolitische Herausforderung produktiv aufzugreifen.



Wirtschaft und Senioren – ein Zukunftsthema

Die Menschen wollen im Alter nicht auf Lebensqualität verzichten, sie wünschen sich Produkte, die ihre selbstständige und eigenverantwortliche Lebensführung erleichtern, nicht aber erschweren. Darin liegen große Chancen für die Wirtschaft.

Nach Angaben der Bundesregierung betragen die Konsumausgaben der Menschen im Alter über 60 Jahren rund 316 Mrd. Euro im Jahr – mit steigender Tendenz. Ältere und ihr Konsum werden somit zu einem immer größeren Wirtschaftsfaktor. Seniorengerechte Produkte und Dienstleistungen sind ein Wachstumsmarkt. Allerdings ist das Bewusstsein dafür bei uns noch unterentwickelt. Deshalb ist es erforderlich, die Bedürfnisse von älteren Frauen und Männern deutlich zu machen, aber auch aufzuzeigen, in welchen Bereichen es bereits heute zukunftsweisende Entwicklungen im Sinne von Produkten und Dienstleistungen gibt, die von allen Generationen genutzt werden können.

Es ist deutlich zu betonen, dass teilweise erhebliche Unterschiede in der Einkommenssituation und dem Ausgabeverhalten von älteren

Menschen bestehen. Dabei zeigt sich, dass sich soziale Unterschiede auch im Alter fortsetzen. Bei einer differenzierten Betrachtung der Einkommenssituation älterer Menschen sind erhebliche Einkommensunterschiede insbesondere zwischen Männern und Frauen erkennbar. Vor allem Haushalte mit allein stehenden Frauen liegen erheblich unter dem Durchschnittseinkommen. An dieser Stelle wird nicht zuletzt deutlich, wie wichtig es ist, auf die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft weiterhin hinzuwirken, da sich geringere Einkommen während der Berufs- und Familienphase auch im Alter in Form von niedrigeren Renten fortsetzen.

Trotz dieser Unterschiede nehmen die Konsumausgaben der älteren Menschen in allen Bereichen zu. Wir haben alle Chancen, dass unser Land Vorreiter auf diesem Markt wird, wenn Unternehmen rechtzeitig ihre Produktentwicklung und Dienstleistungen an den Bedürfnissen älterer Menschen orientieren und frühzeitig erkennen, dass ältere Menschen eine ›Lupenfunktion‹ haben. Denn viele Probleme, die Ältere formulieren, haben auch jüngere Menschen. Ältere sind jedoch häufig schneller, intensiver und nachhaltiger betroffen. Eine Ausrichtung an ihren Bedürfnissen – Qualität, Bedienungsfreundlichkeit, Zuverlässigkeit, Sicherheit und Langlebigkeit – kommt also vielen Verbrauchergruppen zu gute.

Langfristig werden gerade diejenigen Branchen und Wirtschaftsregionen erfolgreich sein, die sich bereits heute gezielt auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen und Kunden in ihren jeweiligen Lebensphasen einstellen, die die ›Demografiefestigkeit‹ ihrer Produkte und Dienstleistungen frühzeitig sicherstellen.

Dazu gehört auch die entsprechende Qualifizierung von Personal, das den Ansprüchen von Seniorinnen und Senioren an Service, Dienstleistung und Produktberatung gerecht werden muss. Es gilt Potenziale zu ermitteln, Defizite zu identifizieren und Berufsfelder neu auszurichten oder neu zu entwickeln. So können auch beschäftigungswirksame Effekte entstehen.

Ein Beispiel ist der Gesundheitssektor. Niedersachsen hat eine lange Tradition als Standort für den Kur- und Gesundheitstourismus. Es

bietet mit über 50 Kurorten und Heilbädern eine enorme Vielfalt. Das Land ist ein starker und attraktiver Standort für Gesundheitsdienstleistungen. Das zeigt auch die Forschung auf Weltniveau im Bereich der Medizinischen Hochschule in Hannover und des Universitätsklinikums Göttingen. Die Einrichtungen der Gesundheitswirtschaft in Niedersachsen produzieren allein insgesamt Güter und Dienstleistungen im Wert von mehr als 25 Mrd. Euro jährlich.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt in diesem Bereich kontinuierlich. Schon heute arbeiten allein in der Pflegebranche mehr Menschen in Niedersachsen als z. B. in den Bereichen Chemie und Maschinenbau.

Eine weitere Wachstumsbranche ist der Dienstleistungssektor. »Dienstleistungen aus einer Hand« zielen insbesondere auf die Bedürfnisse von älteren Menschen ab. Dabei ist nicht zuletzt die Erkenntnis, dass Frauen und Männer im Alter häufig unterschiedliche Wünsche und Bedarfe entwickeln, auch von wirtschaftlichem Nutzen. Zum Beispiel brauchen Männer häufiger Angebote für Reinigung und Essen, Frauen hingegen sind weniger mobil und stärker auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen.

Eine der wichtigsten Grundlagen für die Gesunderhaltung bis ins hohe Alter ist eine gute Ernährung. Niedersachsen verfügt über eine starke Ernährungswirtschaft mit 75.000 Beschäftigten. Die Ernährungswirtschaft wird verstärkt Nahrungsmittel anbieten müssen, die gezielt den Ansprüchen der Älteren entsprechen.

Auch der in Niedersachsen stark ausgeprägte Tourismus- und Freizeitsektor wird sich auf den demografischen Wandel einstellen müssen. Wachstumsbereiche werden bis 2020 die Zielgruppe der 50- bis 65-Jährigen, später der 65- bis 75-Jährigen und bis 2050 kontinuierlich die der über 75-Jährigen darstellen. Schon heute wird über die Hälfte aller Reisen von der Gruppe »50 Plus« gebucht. Das Land wird dabei helfen, sich auf den Wandel der Urlauberstruktur einzustellen.

Im Finanzdienstleistungssektor sind neue Impulse zu erwarten, da sowohl die Absicherung gegen bestimmte Risiken im Alter als auch die finanzielle Versorgung im Alter intelligente neue Produkte erforderlich machen.



LINGA

Um die Zukunftspotenziale dieses Sektors zu nutzen, hat das Niedersächsische Sozialministerium zusammen mit anderen Partnern die »Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag« (LINGA) ins Leben gerufen (www.linga-online.de). Sie soll die verschiedenen gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Gruppen zusammenführen, um auf die Bedeutung der Senioren für den Standort Niedersachsen und seine Zukunft aufmerksam zu machen.

Niedersachsen ist darüber hinaus dem »Netzwerk Europäischer Regionen Seniorenwirtschaft« beigetreten. Denn auch auf europäischer Ebene gilt es, sich auszutauschen, voneinander zu lernen und mit neuen Ideen gemeinsam die Fördermöglichkeiten der Europäischen Union besser zu nutzen.



Altersdiskriminierung bekämpfen

Die Diskriminierung von Menschen aufgrund ihres Alters widerspricht der Menschenwürde, sie grenzt aus und ist unsozial. Sind schon negative Altersbilder diskriminierend, so konkretisiert sich diese Diskriminierung in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Alltags. Körperliche Verschleißerscheinungen bei alten Menschen werden oft mit abnehmendem Verstand gleich gesetzt. Nicht selten wird beispielsweise mit pflegebedürftigen Alten in ähnlicher Weise wie mit Kleinkindern gesprochen. Dies kommt einer Entmündigung gleich.

Insbesondere auf dem Arbeitsmarkt gibt es vielfältige Ausgrenzungen aufgrund des Alters. Frauen sind davon in besonderer Weise betroffen, scheint es doch so, als hätten sie nie das richtige Alter: In jungen Jahren steht eine potenzielle Entscheidung für Kinder einer Einstellung entgegen, sind sie älter, fehlen ihnen angeblich die Entwicklungspotenziale.

Es darf auch weiterhin nicht sein, dass Menschen aufgrund ihres Alters von medizinischen Behandlungen ausgeschlossen werden. Und es ist nicht hinzunehmen, wenn Versicherungen und Banken nicht bereit sind, mit älteren Menschen Verträge z. B. über Kredite abzuschließen oder nur zu überzogenen Bedingungen. Alte Menschen fühlen sich auch dann ausgegrenzt, wenn Dienstleistungen in einer Weise automatisiert werden, dass es ihnen schwer fällt, damit zurecht zu kommen. Häufig findet dabei die deutsche Sprache kaum mehr Anwendung.

Es gibt Ausgrenzungen aufgrund des Alters im Bereich des Wohnens, der Weiterbildung und des Ehrenamts. Hier muss eine besondere Sensibilität entwickelt werden, um faktische und tendenzielle Altersdiskriminierung in den verschiedenen Bereichen aufzudecken und zu beseitigen, wenn sie nicht vernünftig begründet werden kann.

Alle Institutionen, vom Staat über die Parteien bis hin zu den Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Dienstleistungsanbietern sind aufgerufen, faktischer Altersdiskriminierung entgegen zu wirken.

Kultur – Faktor sozialer Integration

Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ist wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität bis ins hohe Alter. Insbesondere die Möglichkeit des Zugangs zu Einrichtungen der Kommunikation, der Unterhaltung und der Bildung trägt entscheidend zur Lebenszufriedenheit bei. Das Bedürfnis nach Kontakten, nach geistiger Auseinandersetzung und Teilnahme ist eine Anforderung an die Gesellschaft, die zeigen muss, dass sie sowohl leistungs- als auch lern- und gestaltungsfähigen Seniorinnen und Senioren Raum zur Entfaltung und Mitwirkung gibt.

Kulturelle Teilnahme ist ein wichtiger Faktor sozialer Integration. Kulturelle Angebote sollten nach Möglichkeit auch generationenübergreifend angelegt sein. Das Angebotsspektrum ist breit und umfasst den nachbarschaftlichen und kommunalen Bereich im Wohnumfeld, den staatlich geförderten Kulturbetrieb und ebenso die privatwirtschaftlichen Angebote der Freizeitgestaltung.

Viele Angebote und Aktivitäten werden auch auf ehrenamtlicher Basis von Seniorinnen und Senioren selbst organisiert und angeregt. Dieses Engagement ist ebenso zu unterstützen und fortzuführen wie die vielfältigen Initiativen auf allen Ebenen für sowohl zielgerichtete als auch generationenübergreifende kulturelle Projekte.

Bildung – lebenslanges Lernen

In einer Gesellschaft des langen Lebens hat die Bildung einen hohen Stellenwert bis ins hohe Alter. Die Teilnahme an Bildungsveranstaltungen ist ein Beitrag gegen Isolation. Die Öffnung von staatlichen Bildungseinrichtungen für Seniorinnen und Senioren, wie z.B. den Hochschulen, hat große Bedeutung. Auch die Heim- und Volkshochschulen leisten einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Bildung Älterer, z.B. im Bereich der politischen Bildung oder zur Qualifizierung im Ehrenamt. Ältere Menschen können dort im Übrigen nicht nur lernen, sondern auch Erfahrungen und Wissen weiter geben und kommu-



nizieren. In diesem Sinne sind auch schulische und außerschulische Projekte zu unterstützen, die dem Austausch der Generationen dienen.

Angebote der Weiterbildung für Ältere dienen auch dazu, die Fähigkeit zur Teilhabe in der Gesellschaft zu fördern. Gerade das Erlernen und der Umgang mit neuen Technologien und Medien trägt zur Kommunikation und Integration bei. Es sollten noch mehr Anstrengungen unternommen werden, die Zurückhaltung hinsichtlich der Nutzung dieser neuen Möglichkeiten durch Ältere zu überwinden und um ihre Medienkompetenz zu stärken.

Ältere Menschen fragen gerade Bildungsangebote in den Bereichen Gesundheit, Soziales, Politik, Religion, Philosophie, Wirtschaft und Medien nach. Verbunden mit der Nutzung neuer Medien kann die Wahrnehmung dieser Bildungsangebote helfen, sich mit altersspezifischen Fragestellungen zu befassen, wie z. B. der Auseinandersetzung mit Krankheiten, dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder dem Ende der Familienphase und zur Entwicklung neuer Perspektiven. Bildung im Alter hilft, die Potenziale der Älteren noch besser für die Gesellschaft nutzen zu können.



Medien – neue Möglichkeiten nutzen

Die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien bestimmen zunehmend unseren Alltag. Für die jüngere Generation ist die Nutzung dieser Medien zur Selbstverständlichkeit geworden, die Einbindung der Seniorinnen und Senioren in die Informationsgesellschaft befindet sich jedoch erst am Anfang. Sie müssen sich zukünftig in einer immer stärker medial und technisch orientierten Welt zurechtfinden. Dies stellt eine Herausforderung für die gesellschaftliche Integration älterer Menschen in unserem Land dar.

Vor allem durch das Ausscheiden aus dem Berufsleben ändern sich die Interessen im Alter. Gesundheit spielt eine große Rolle, Reisen werden geplant, die Bildung wird erweitert durch lebenslanges Lernen, der Kontakt zu anderen Menschen wird zunehmend wichtiger. Bei eingeschränkter Mobilität kann das Internet den Austausch mit entfernt lebenden Familienangehörigen und Freunden durch E-Mails erleichtern.

Bundesweit benutzten etwa 82 % der 14- bis 19-Jährigen das Internet, jedoch nur 18 % der über 60-Jährigen. Obwohl die Seniorinnen und Senioren die am stärksten wachsende Gruppe der Internetbenutzer ist, erkennt sie erst allmählich den Wert der neuen Technologien für ihren persönlichen Alltag.

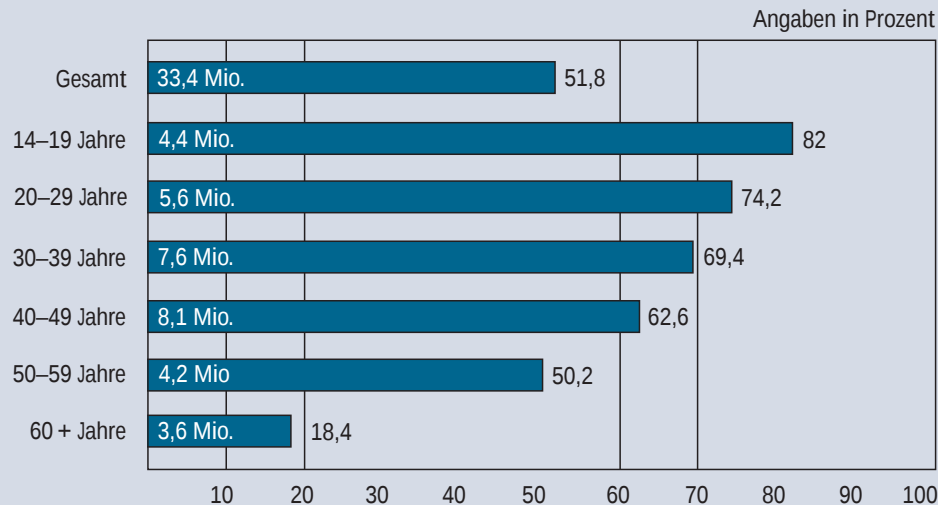
Interessant dabei ist, dass Männer in den höheren Altersgruppen dem Internet gegenüber aufgeschlossener sind als die gleichaltrigen Frauen. So sind rund 44 % der 55- bis 64-Jährigen Männer gegenüber 29 % der Frauen online. Bei den über 64-Jährigen öffnet sich die Schere noch weiter: In diesem Alter ist der Anteil der Internet nutzenden Männer mit 19 % mehr als dreimal so hoch wie der der Frauen mit lediglich 6 % (Statistisches Bundesamt).

Die weltweite Netz bietet Senioren vielfältige Möglichkeiten der Information und Kommunikation. Von virtuellen Treffpunkten und Foren für Seniorinnen und Senioren reicht das Angebot über E-Journals und Lernplattformen bis hin zu speziellen Senioren-Servern und E-Learning Angeboten. Die Herausforderung besteht darin, diese Angebote noch bekannter und mehr älteren Menschen zugänglich zu machen. Diesen Nutzern kann durch spezielle Kurse die Berührungsangst vor dem PC/Internet genommen werden. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aller Generationen können sich hier einbringen.

Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt ein Projekt der Initiative »n-21«, in dem Schülerinnen und Schüler alten Menschen den Umgang mit dem Computer erklären.

Auch die »alten Medien« müssen sich auf die wachsende Anzahl von Seniorinnen und Senioren einstellen. Angesichts des demografischen Wandels ist der »Jugendwahn« in der Werbung nicht mehr zeit-

Internetnutzung in Deutschland nach Altersgruppen



Quelle: @facts SevenOne Interactive; N = 5.510. Grafik: M. Doh, DZFA

gemäß, er spiegelt nicht das vielfältige Gesicht unserer Gesellschaft wider. Die Werbung muss die Ansprüche der älteren Generation mehr berücksichtigen und ein realistisches Bild vom Alter vermitteln, dass ältere Menschen nicht lächerlich macht oder sie nur krank und gebrechlich zeigt.

Mobilität – Grundbedürfnis auch im Alter

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen. Die Möglichkeit, problemlos zu reisen und ohne Schwierigkeiten seine Wunschziele zu erreichen, ist die wesentliche Voraussetzung dafür, aktiv sein eigenes Leben zu gestalten. Zugleich bietet diese räumliche Mobilität Eindrücke und Anregungen, die wiederum zu geistiger Mobilität beitragen. Dies ist die in der modernen Gesellschaft notwendige Voraussetzung für die aktive Teilhabe am Alltagsleben.

Die Versorgung mit Lebensmitteln und Gütern, die Wahrnehmung sozialer Kontakte und kultureller Veranstaltungen und die Nutzung freier Zeit sind in hohem Maße davon abhängig, sich in einem näheren und fernen Umfeld bewegen zu können. Daher kommt dem Verkehrsmittel Auto und dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) besondere Bedeutung zu, um sich Mobilität zu bewahren.

Aufgrund der Tatsache, dass in Zukunft der Anteil der Jüngeren im Vergleich zu den Älteren abnimmt, wird es zu einer relativen Zunahme von älteren Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern kommen. Es wird also als ganz normal gelten, bis ins hohe Alter Auto zu fahren. Schon heute verfügen rund 54 % der über 60-Jährigen über einen eigenen Pkw. Allerdings sind – bezogen auf alle Altersgruppen – nur 31 % aller zugelassenen Pkw im Besitz von Frauen. Bei alten Frauen dürfte diese Quote schon aufgrund erheblich niedrigerer Einkommen nochmals wesentlich kleiner sein. Das Auto ist für ältere Menschen insgesamt ein wichtiges Hilfsmittel zum Erhalt der individuellen Mobilität. Dies gilt besonders im ländlichen Raum.

Ziel muss es sein, diese Mobilität nicht einzuschränken, sondern so lange wie möglich zu erhalten. Dabei erweisen sich technische Hilfen im Auto als wesentlich zum Erhalt der persönlichen Unabhängigkeit und Beweglichkeit. Aufgrund der tendenziellen Einschränkung der körperlichen Fähigkeiten mit zunehmendem Alter werden altersspezifische und kompensatorische Angebote für diese Menschen wichtiger. Die Autohersteller sind aufgefordert, Entwicklungen voranzutreiben, die leichtere Orientierung auf unbekannten Strecken ermöglichen, die die

aktive und passive Sicherheit im Auto erhöhen, zur Unfallvermeidung beitragen und den Komfort und die Bequemlichkeit verbessern.

Weil die Fülle der Informationen und Neuerungen aber schnell zur Be- oder Überbelastung werden kann, werden einfache Bedienbarkeit, Übersichtlichkeit über die Funktionen sowie Schulungen wesentliche Voraussetzungen sein für die Attraktivität eines Fahrzeugs.

Ältere Menschen sind ebenso wie viele Jüngere nicht bereit, sich mit unübersichtlichen, unverständlichen und überkomplexen technischen Produkten auseinander zu setzen. Autos sollten deshalb so konstruiert sein, dass sie die Mobilität bis ins hohe Alter unterstützen. Denn die älteren Menschen von heute setzen die Maßstäbe für die Automobilität und das Autofahren von morgen.

Auch die Verkehrsunternehmen im ÖPNV müssen sich angesichts der älter werdenden Gesellschaft Gedanken darüber machen, wie sie attraktiver und kundenfreundlicher für alle Fahrgastgruppen werden können. Für alte Menschen ist es besonders wichtig, dass keine langen Wege zu/von der Haltestelle entstehen und das Ziel möglichst umsteigefrei erreicht wird. Zu einem nutzerfreundlichen ÖPNV zählen für alte Menschen im Wesentlichen auch der leichte Zugang zu Tarif- und Fahrplaninformationen, die übersichtlich und leicht verständlich sein sollen. Haltestelle sollten barrierefrei zugänglich sein. Eine einfache Orientierung an Haltestellen und in den Fahrzeugen ist ebenso wichtig wie eine ausreichende Anzahl von witterungsgeschützten Sitzgelegenheiten. Einfaches Ein- und Aussteigen muss ebenso gewährleistet sein, wie Fahrzeuge und Haltepunkte, die den Komfortanforderungen älterer Menschen gerecht werden. Niederflrbusse sollten Standard sein.

Schon bei der Verkehrsplanung sollte die Anbindung von Einrichtungen, die von Älteren bewohnt und besucht werden, berücksichtigt werden. Die Abstände zwischen den Haltestellen sollten nicht zu groß sein, um die Wege für ältere, gehbehinderte Menschen erträglich zu gestalten.

Wichtig ist auch die Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Fahrgäste. Dieses Ziel kann durch bauliche Gestaltung, Barriere-



freiheit, Präsenz von Sicherheitspersonal und Videoüberwachung erreicht werden.

Günstige »Seniorennetzkarten« können die Attraktivität öffentlicher Verkehrsmittel für ältere Menschen steigern und somit einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Mobilität Älterer leisten.

In ländlichen Räumen ist der Linien gebundene ÖPNV häufig nur noch mit einem hohen Einsatz von Zuschüssen flächendeckend aufrecht zu erhalten. Lösungs- und Anpassungsmöglichkeiten bestehen z. B. im Einsatz von kleinen Fahrzeugen ohne feste Linien- und Fahrplanbindung, die eine flexible Versorgung gewährleisten können, wie etwa

- Rufbusse und Sammeltaxis, die ohne feste Fahrplan- und Routenbindung in einem definierten Korridor auf telefonische Anmeldung Personentransporte durchführen und von den vorhandenen Transportunternehmen unterhalten werden,
- Bürgerbusse und Dorfmobile, die in ehrenamtlichen Organisationsstrukturen Mobilitätsmöglichkeiten bieten.



In der Regel wird eine Leitstelle dafür nötig sein, um Fahrgastanfragen entgegen zu nehmen und den Einsatz der Fahrzeuge zu koordinieren.

Auf einem Vorurteil beruht die Annahme, dass ältere Menschen häufiger Unfälle mit Personenschaden verursachen als jüngere. Das Gegenteil ist richtig: 18 bis 24-Jährige verunglücken mit dem Auto dreimal häufiger als Fahrer im Rentenalter. Und das, obwohl die Zahl der älteren aktiven Verkehrsteilnehmer deutlich angestiegen ist und weiter zunehmen wird. Die Gründe für diese positive Unfallbilanz sind vielfältig: Kompetenz, Erfahrung und Reife gehören genauso dazu wie eine veränderte Einstellung und andere Nutzungsgewohnheiten.

Wichtig ist aber auch, dass Seniorinnen und Senioren als Verkehrsteilnehmer »in der Übung« bleiben. Dies gilt insbesondere für das Autofahren, bei dem die individuellen Leistungsvoraussetzungen durch kontinuierliche Verkehrsteilnahme aufrechterhalten werden können. Aber auch die persönliche Selbsteinschätzung ist erforderlich. Technische Kompensationen können nicht alle Leistungsminde-rungen ausgleichen.

Politik für Senioren als Querschnittsaufgabe für Land, Kommunen, Verbände und Parteien

Politik für Seniorinnen und Senioren betrifft alle Bereiche. Ihr oberstes Ziel ist es, ein selbstständiges Leben bis ins hohe Alter zu ermöglichen. Somit findet konkrete Seniorenpolitik in der Gesundheits-, Sozial-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Kultur- und Wohnungsbaupolitik statt. In all diesen Bereichen muss erreicht werden, dass die Belange von älteren Menschen berücksichtigt werden, so dass sie ihren spezifischen Beitrag zu einer besseren Lebensqualität der älteren Generation leisten können.

Land

Gute Lebensbedingungen für alte Menschen zu gestalten, ist eine politische Aufgabe, die sich auf allen Ebenen des Staates ebenso wie für die ganze Gesellschaft stellt.

Das Niedersächsische Sozialministerium will durch Dialog und einen engen Kontakt mit dem Bund, mit anderen Bundesländern, den Kommunen, den Wohlfahrtsverbänden, den Kirchen und Gewerkschaften sowie zahlreichen Initiativen und Projekten in Niedersachsen dazu beitragen, die Lebensbedingungen für die ältere Generation stetig zu verbessern.

Ein wichtiger Partner ist dabei der Landesseniorenrat Niedersachsen. Zahlreiche seniorenpolitische Fragestellungen werden dort aufgegriffen und vorbereitet. Der Landesseniorenrat trägt aber auch über die vielen Seniorenbeiräte und Seniorenausschüsse in den Kommunen dazu bei, gute Lösungen und Ideen zu verbreiten, die seniorenpolitische Arbeit zu vernetzen und die Arbeit der politischen Gremien auf kommunaler und Landesebene konstruktiv zu begleiten. Damit auch spezifische Interessen in der Politik und Gesellschaft angemessen repräsentiert werden, ist anzustreben, dass gleichermaßen Frauen und Männer in den Gremien für Seniorinnen und Senioren beteiligt sind.

Mit dem Landespflegeausschuss arbeitet die Landesregierung eng zusammen. Dort wird in wesentlichen pflegerischen Fragen eine Über-

einstimmung mit den Pflegekassen, den Kommunen, den Trägern von Einrichtungen und Diensten sowie den Pflegeverbänden angestrebt. Der Landespflegeausschuss ist ein wichtiges Beratungsgremium für die Landespolitik.

Mit einer zielgerichteten Öffentlichkeitsarbeit will die Landesregierung dazu beitragen, das neue Bild vom Alter in ein breiteres öffentliches Bewusstsein zu bringen. Dazu zählen Kongresse und Fachtagungen, das jährliche Forum ›Alter und Zukunft‹, ein flächendeckendes Netz von Mehrgenerationenhäusern, die Etablierung eines ›Freiwilligen Jahres für Seniorinnen und Senioren‹, die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von älteren Menschen und die Gründung der ›Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag‹ (LINGA).

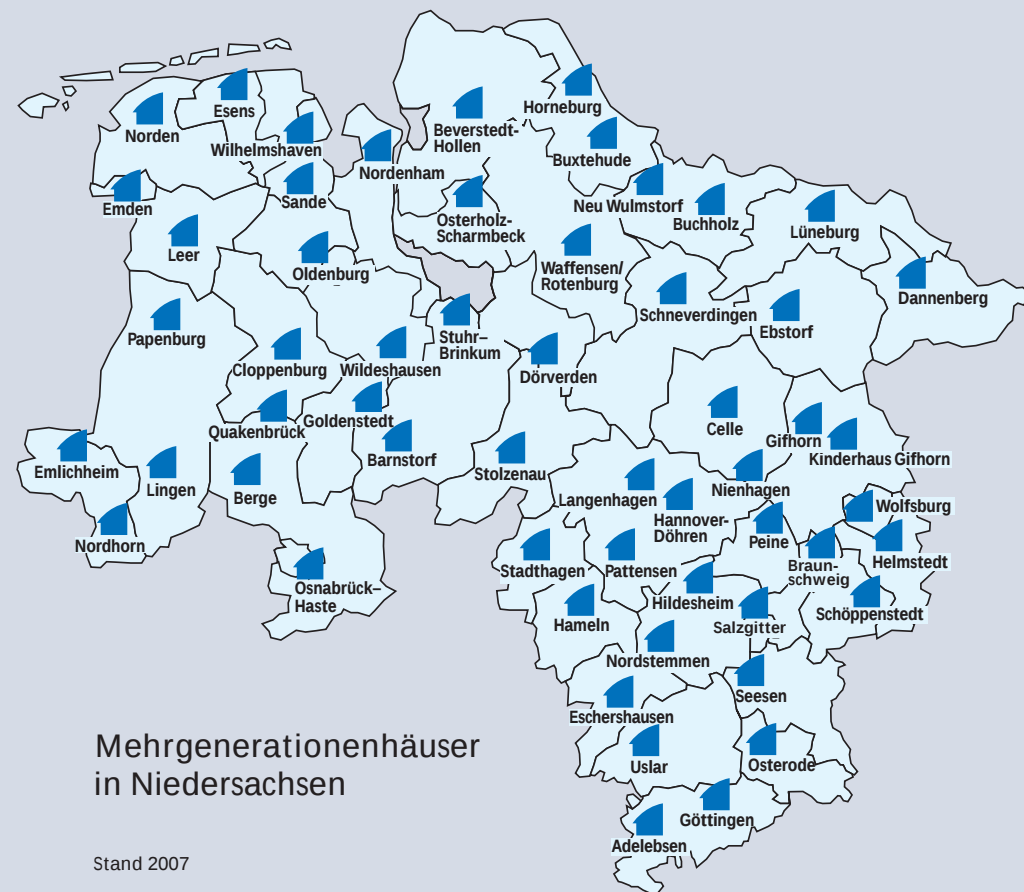
Die Landesregierung unterstützt auch den Aufbau von Generationen verbindenden Patenschaften und die Beratung von Seniorinnen und Senioren in ihren unterschiedlichen Lebenslagen.

Kommunen

Vor allem Städte und Gemeinden sind der Ort, wo sich Seniorenpolitik ganz unmittelbar konkretisiert. Die kommunale Politik entscheidet ganz wesentlich darüber, ob sich alte Menschen in ihrem Lebensumfeld zuhause und damit wohl fühlen.

Die Kommunen sind gefordert, angesichts einer älter werdenden Gesellschaft entsprechende Anpassungsstrategien zu entwickeln. Ihre Attraktivität wird zukünftig ganz entscheidend davon abhängen, welche Lebensqualität sie für ältere Menschen bieten und in welcher Weise es ihnen gelingt, die Potenziale der älteren Menschen zu aktivieren und zu nutzen. Sie können dies erreichen durch

- entsprechende kommunale Wohnungspolitik und Bauleitplanung,
- die Beteiligung älterer Menschen an den kommunalen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen,
- leicht erreichbare Angebote der Hilfen und Beratung für Ältere,
- einen gut ausgebauten Öffentlichen Personennahverkehr,
- attraktive Kultur- und Bildungsangebote für ältere Menschen,



- Sportstätten und -möglichkeiten für Ältere,
- Förderung von Kontakten von Seniorinnen und Senioren untereinander, vor allem aber auch durch generationenübergreifende Initiativen,
- Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements für ältere Menschen,
- die Öffnung und Weiterentwicklung von öffentlichen Einrichtungen hinsichtlich der Bedürfnisse der älteren Generation,
- ein qualitativ hochwertiges Angebot an gesundheitlichen und pflegerischen Angeboten und Einrichtungen,
- die Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen vor allem in ländlichen Gebieten.

Altengerechte Kommunen sind vor allem solche, die Teilhabe und Verantwortung, Aktivität und das Gefühl des Gebrauchtseins der älteren Menschen fördern. Das Bewusstsein dafür ist noch nicht durchgängig verbreitet. Die Vorstellung vom Rückzug steht dem Konzept des aktiven Alterns häufig entgegen. Das führt kommunalpolitisch zu unterschiedlichen Strategien.

Ist man der Auffassung, dass Altern ein Prozess ist, in dem sich die Älteren und die Gesellschaft immer mehr voneinander entfernen und ablösen, so wird man eher das Schutzbedürfnis betonen. »Altengerecht« im Sinne früh nachlassender Fähigkeiten bedeutet dann, Vorkehrungen für nachlassende Mobilität und Motorik, Wahrnehmung und geistige Zuverlässigkeit zu treffen: betreutes Wohnen, Pflegeheime, Versorgungs- und Betreuungsmöglichkeiten.

Verfolgt man hingegen den Ansatz vom aktiven Altern, so wird man eher Erfahrungen der Älteren verfügbar machen, Möglichkeiten der Teilhabe und für eigene Beiträge zum kommunalen Leben schaffen. Dies bedeutet, über neue Formen des Wohnens im Alter nachzudenken, Mehrgenerationenhäuser als offene Tageseinrichtungen zu schaffen, die alte Generation an kommunalpolitischen Überlegungen und Planungen zu beteiligen, von den Älteren Beiträge zum Funktionieren der Kommune einzufordern, Zusammenschlüsse und Selbstorganisation zu unterstützen, Flächen und Räume für Aktivitäten und Kommunikation verfügbar zu machen.

Die Kommunen sind der Ort, wo Strukturen geschaffen werden müssen, die es auch den »Alten« ermöglichen, ihre Potenziale einzubringen.

Für kommunale Verwaltungen heißt dies, mehr noch die Rolle des Initiators und Moderators von Entscheidungs- und Problemlösungsprozessen anzunehmen, an denen die Bürger glaubwürdig beteiligt werden. In diesem Sinne werden Kommunalverwaltungen zu Partnern der Senioren, werden zu Netzwerkmitgliedern zusammen mit anderen Akteuren. Sie ermöglichen Selbsthilfe und Eigenverantwortung.

Es geht um einen Wandel von der Kultur der Fürsorge hin zu einer Kultur der Beteiligung und Mitverantwortung. Um dies zu erreichen,

kann die Entwicklung eines Leitbildes sinnvoll sein, mit dem die Kommune beschreibt, mit welchem inhaltlichen Profil sie in die Zukunft gehen und welche Instrumente sie dazu einsetzen will.

Die Entwicklungen treffen die Kommunen in einer Zeit knapper Finanzen. Um so wichtiger ist es, nach neuen Wegen zu suchen, die nicht immer Geld kosten müssen, sondern sogar zu Einsparungen führen können. Seniorenpolitik ist auch auf kommunaler Ebene Zukunftspolitik.

Verbände und Parteien

Mit den Wohlfahrtsverbänden in Niedersachsen verfolgt das Niedersächsische Sozialministerium eine Politik der Partnerschaft. Die Wohlfahrtsverbände verfügen aufgrund ihrer Tätigkeiten und Aufgabenstellungen über ein ungemein großes Wissen sowie Erfahrungen hinsichtlich seniorenpolitischer Aufgabenstellungen. Das Ministerium fördert vielfache Initiativen und Projekte, die die Lebensqualität älterer Menschen verbessern und die von den Verbänden getragen werden. Auch in Zukunft soll die Vorrangstellung der Freien Träger dabei gewahrt bleiben.

In einem engen Dialog mit den Verbänden ist das Niedersächsische Sozialministerium bestrebt, neue Entwicklungen aufzunehmen, Innovationen zu unterstützen und bewährte Strukturen zu Gunsten älterer Menschen weiter zu entwickeln.

Begrüßenswert sind auch zahlreiche private soziale und wirtschaftliche Initiativen mit dem Ziel, die Lebenssituation der älteren Generation zu verbessern und ihnen qualitativ hochwertige Angebote zu machen. Dieses Engagement ist unerlässlich und benötigt gute Rahmenbedingungen, um auch in Zukunft erfolgreich tätig sein zu können.

Darüber hinaus haben auch Parteien und Gewerkschaften seit langem erkannt, welche große Bedeutung die ältere Generation hat. Dies findet auch in ihrem organisatorischen Aufbau Berücksichtigung, um so einerseits die Interessen der älteren Generation besser aufnehmen zu können, andererseits aber auch ältere Menschen stärker am politischen Prozess zu beteiligen.



Prävention und Gesundheitsförderung – eine lebenslange Aufgabe

Die Menschen möchten bis ins hohe Alter körperlich und geistig fit bleiben. Das aktive Altern zu unterstützen, ist die beste Investition in die Gesundheit älterer Menschen. Denn wer gebraucht wird, Wertschätzung erfährt, für sich und andere produktiv tätig ist, der ist im Alter trotz mancher Einschränkungen gesünder, leistungsfähiger und bleibt dies länger. Davon profitiert ein Gemeinwesen.

Deshalb ist es Ziel präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen, Selbstständigkeit und Lebensfreude bis ins hohe Alter zu fördern und zu erhalten.

Prävention führt zu einer Verbesserung von Gesundheit, Wohlbefinden und Lebensqualität, sie ist in jedem Alter möglich und wirksam.

Um dieses Ziel zu erreichen, muss aber jeder Einzelne durch gesundheitsbewusstes Verhalten über die ganze Lebensspanne zur eigenen Gesundheit beitragen. Zu den wirksamsten Maßnahmen gehören Kraft-, Ausdauer-, Gedächtnis- und Bewegungstraining sowie eine ausgewogene Ernährung.

Die Menschen auf dem Weg zu gesundheitsbewustem Verhalten zu unterstützen, ist Aufgabe der Akteure der Gesundheitsförderung wie z. B. der gesetzlichen Krankenkassen, der Ärzteschaft, der Selbsthilfe und der öffentlichen Gesundheitsdienste.

Es ist höchste Zeit, der Prävention den erforderlichen Stellenwert zu geben. Hierbei sind alle Sozialversicherungsträger einzubinden, also auch die Unfall- und Rentenversicherungen sowie die Pflegeversicherung. Die Prävention muss gleichberechtigt neben Behandlung, Rehabilitation und Pflege treten. Gesundheitsförderung muss in Kindergärten, Schulen, Betrieben und Sportvereinen und auch in Senioreneinrichtungen angeboten werden.

Ohne mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen der Prävention werden gerade die ausgabenintensiven chronischen Erkrankungen erheblich zunehmen.

Gerade im Alter steigt das Risiko, chronisch krank zu werden und auch mehrere chronische Erkrankungen zu erleiden. Die Lebenszufriedenheit älterer Menschen ist aber erst dann nachhaltig beeinträchtigt, wenn sie nicht mehr in der Lage sind, eigenständig zu leben bzw. ihren Haushalt alleine zu führen. Damit ergibt sich eine Vielzahl von Ansatzpunkten für Prävention und Gesundheitsförderung, um älteren Menschen zu mehr Wohlbefinden und Gesundheit zu verhelfen.

Das Niedersächsische Sozialministerium fördert eine ganze Reihe von Präventions-Projekten über die Landesvereinigung für Gesundheit, um einen gesund erhaltenden Lebensstil zu unterstützen. Denn: Prävention lohnt sich – in jedem Alter!

Ein gutes Beispiel ist das Projekt ›Gesund Älter Werden‹ in Hannover. Dabei steht die Aktivierung älterer Menschen im Mittelpunkt. Bestehende individuelle, aber auch institutionelle Barrieren werden aufgezeigt und nach Möglichkeit überwunden. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf unzureichende Kooperation und Koordination von Diensten und Leistungen im Gesundheits- und Sozialsystem, die den Zugang zu Angeboten erschweren. Die ›aufsuchende Aktivierung‹ steht im Mittelpunkt von präventiven Hausbesuchen, die Beratung, Unterstützung bei der Veränderung des Lebensstils, Vermittlung regionaler Angebote und eine Zielvereinbarung über die Aktivierung beinhalten.

Sport – älter werden und dabei aktiv bleiben

›Wer rastet, der rostet‹. Regelmäßige Bewegung ist von entscheidender Bedeutung für die Lebensqualität im Alter. Sie dient der gesundheitlichen Prävention und Rehabilitation. Neben dem Gesundheitsaspekt macht Sport Spaß, holt Menschen aus der Isolation, stärkt das Gemeinschaftsgefühl und steigert allgemein das Selbstbewusstsein. Welchen Stellenwert das Thema Altersport genießt, macht die Ernennung eines eigenen Beauftragten für Seniorensport des Landes-Sport-Bundes deutlich. Die Sportvereine sind gute Partner der älteren



Generation. Sie sollten sich ermutigt fühlen, besondere Angebote für Ältere zu machen.

Ein gutes Beispiel dafür sind die rd. 700 Koronarsportgruppen in Niedersachsen, in denen Herzranke ihre Lebensqualität wieder gewinnen. Mehr als 6.500 Herz-Kreislauf-Todesfälle pro Jahr könnten nach Angaben des Robert-Koch-Instituts in Deutschland vermieden werden, wenn lediglich die Hälfte der körperlich inaktiven Männer im Alter von 40 bis 69 Jahren gemäßigten körperlichen Aktivitäten nachgingen. Bei einer Studie mit Männern und Frauen im Alter von 77 bis 93 Jahren zeigte sich, dass mit einem Gedächtnistraining, das von körperlichen Fitnessübungen begleitet wird, das Risiko einer Alzheimer-Erkrankung deutlich verringert werden kann.

Weil bei älteren Menschen die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten noch deutlich unterdurchschnittlich ist, hat der Landes-Sport-Bund Niedersachsen das Zehn-Punkte-Programm ›Aktiv über 50‹ als öffentlichkeitswirksame Informationskampagne begonnen. Im Mittelpunkt stehen attraktive wohnortnahe Bewegungs-, Spiel- und Sportangebote.

Die flächendeckende Umsetzung des Seniorensportprogramms des Landes-Sport-Bundes trägt dazu bei, den Anteil der älteren Sporttreibenden zu erhöhen und deren Interessen bedarfsgerecht entgegen zu kommen.

Geriatrie – Ausbau einer differenzierten Versorgung

Der Begriff Geriatrie bedeutet Altersheilkunde. Altern ist ein natürlicher Prozess, bei dem sich Körper und Geist verändern. Der alte Mensch ist anfälliger für bestimmte Erkrankungen, besonders im höheren Alter. Es gibt gravierende Unterschiede bei den Erkrankungen und Bedarfen von Frauen und Männern, die in der Planung von Behandlung und bei der Medikation berücksichtigt werden müssen.

In zehn Krankenhäusern Niedersachsens gibt es geriatrische Abteilungen für die spezielle Behandlung der oftmals über 70-Jährigen Patientinnen und Patienten. Die Qualität der Behandlung zeichnet sich durch einen multidisziplinären, ganzheitlichen Therapieansatz sowie Teamarbeit zwischen Ärzten, Therapeuten und Pflegekräften aus.

Das Krankheitsspektrum im höheren Lebensalter ist überwiegend geprägt von chronischen Erkrankungen und Multimorbidität. Diese Krankheiten und ihre Folgen bestimmen maßgeblich über Hilfs- und Pflegebedürftigkeit sowie die Inanspruchnahme von Versorgungsleistungen, die zumeist kostenintensiv sind.

Die demografische Entwicklung lässt einen weiteren Anstieg der Anzahl der Hochbetagten – insbesondere von Frauen – erwarten. Damit steigt auch der Bedarf für geriatrische Prävention, Behandlung und Rehabilitation, auch wenn ältere Patientinnen und Patienten die Fähigkeit haben, nach einer Krankheit ihr Leben selbstständig weiter zu führen.

Wesentliches Ziel muss deshalb der weitere Ausbau eines differenzierten Versorgungssystems sein, das neben der Akutbehandlung vor allem auch die ambulante und stationäre Rehabilitation und ein Netz aus Selbsthilfe und Beratungsangeboten umfasst.

Für das Flächenland Niedersachsen haben die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte bei der Versorgung alter Menschen eine herausragende Bedeutung. Ihnen fällt eine Schlüsselfunktion im medizinischen und sozialen Bereich bei der Beurteilung von Behandlungs- und Pflegebedürftigkeit sowie bei der Zusammenarbeit mit Angehörigen und sozialen Diensten zu. Allerdings ist die Zahl der speziell geria-

trisch ausgebildeten Ärzte, gemessen an der Zahl der älteren Patientinnen und Patienten, die ambulant betreut werden müssen, noch verschwindend gering. Das Interesse wird zunehmen, wenn Geriatrie ein Schwerpunkt der Inneren Medizin, Allgemeinmedizin oder Neurologie wird oder eine Zusatzqualifikation ist, die mit einem besonderen Versorgungsauftrag verbunden ist. Die ärztliche Weiterbildungsordnung muss diesem Aufgabengebiet gerecht werden und sich darüber hinaus der europäischen Entwicklung anpassen.

Wünschenswert ist eine Verbesserung der geriatrischen Lehre und Forschung, z. B. durch Einrichtung eines Lehrstuhls für Geriatrie, der auch die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und Männern erforscht.

Generell weiter zu verbessern ist mit Blick auf eine effiziente geriatrische Versorgung in Niedersachsen nicht nur die geriatrische Fortbildung für die niedergelassenen Ärzte und das Pflegepersonal, sondern auch die Zusammenarbeit in und zwischen den einzelnen Berufsgruppen sowie den zuständigen Kostenträgern.

Selbsthilfe stärken

Noch deutlicher als bisher muss werden, dass Selbsthilfe, bürgerschaftliches Engagement und ehrenamtliche Tätigkeit ergänzend zu der professionellen Arbeit bei der geriatrischen Prävention und für die Erhaltung der Integration älterer Menschen einen wichtigen Beitrag leisten. In der Rekonvaleszenzphase können sich ehrenamtlich tätige Helferinnen und Helfer, die speziell weitergebildet wurden, zeitlich begrenzt engagieren. Sie können die Patientinnen und Patienten dabei unterstützen, ein selbstständiges Leben im gewohnten häuslichen Umfeld weiter zu führen.

Rehabilitation – Selbstständigkeit erhalten

Der Grundsatz ›Rehabilitation vor Pflege‹ stellt die geriatrische Rehabilitation vor eine besondere Herausforderung: Vermeidung von Pflegebedürftigkeit und Erhaltung der Selbstständigkeit. Medizinische Akutbehandlung und Rehabilitation müssen Hand in Hand gehen, um einen bestmöglichen Behandlungserfolg zu erzielen und Kosten einzusparen.

Geriatrische Patientinnen und Patienten mit gleichen Hauptdiagnosen kehren aus Kliniken mit geriatrischen Strukturen und Prozessen deutlich häufiger in ihre gewohnte Umgebung zurück als dies ohne diese Strukturen und Prozesse der Fall ist (ca. 70 % gegenüber 50 %). Um die weit kostenintensivere Aufnahme in ein Pflegeheim zu verhindern, sollte daher der geriatrischen Rehabilitation Vorrang eingeräumt werden.

Neben den vielen stationären Rehabilitationsangeboten stehen den älteren Patientinnen und Patienten auch ambulante/teilstationäre Einrichtungen, wie die geriatrischen Tageskliniken, zur Verfügung. Sie helfen, in die häusliche Umgebung zurück zu finden und den Erfolg einer stationären Behandlung zu stabilisieren.

Darüber hinaus ist eine intensive Nachbetreuung unerlässlich, um Wiedereinweisungen (so genannte Drehtüreffekte) der Patientinnen und Patienten zu vermeiden. Dazu gehören neben der zentralen Arbeit der Hausärztinnen und Hausärzte vor allem auch die professionelle Beratung, Angebote der Selbsthilfegruppen, die familiären Netzwerke und nachbarschaftliche Hilfen.

Eine Patientensteuerung im Sinne eines ›Case-Managements‹ kann für eine bessere Verzahnung der einzelnen geriatrischen Bereiche sorgen. Die Vernetzung vorhandener Strukturen, auch unter Einbindung moderner Kommunikationsmöglichkeiten, kann helfen, die Ressourcen gezielter einzusetzen.

Eine gute geriatrische Rehabilitation weiter zu entwickeln, trägt dazu bei, den Anteil der Pflegebedürftigen zu reduzieren. Sie hilft damit nicht nur den betroffenen Einzelnen, sondern auch deren Familien, der Kommune und der Gesellschaft insgesamt.

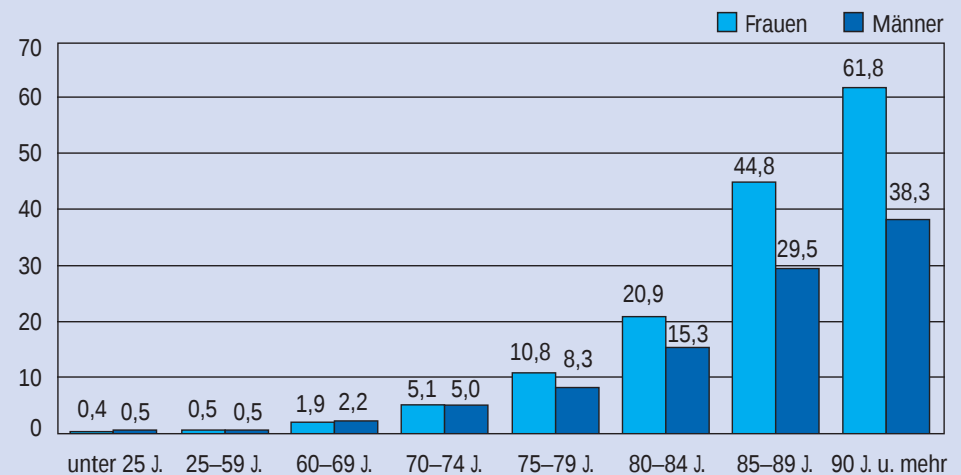
Pflege – hohe Qualität sichern

In Würde alt werden und so lange wie möglich in der gewohnten häuslichen Umgebung zu verweilen, ist der Wunsch der meisten Menschen.

In Niedersachsen gibt es zur Zeit etwa 220.000 pflegebedürftige Menschen. 70 % von ihnen werden zu Hause gepflegt. Dabei können pflegebedürftige Männer im höheren Lebensalter eher auf die Hilfe ihrer Frau zurückgreifen als ältere Frauen auf die Pflege durch ihren Ehemann.

Frauen machen 70 % aller pflegebedürftigen Personen aus; ihr Anteil steigt mit zunehmendem Alter aufgrund der höheren Lebenserwartung. Im Alter unter 65 Jahren überwiegt Pflegebedürftigkeit bei Männern. Sehr selten ist Pflegebedürftigkeit in frühen und mittleren Jahren erforderlich (unter 65 Jahren weniger als 1%). Auch die

Weibliche und männliche Pflegebedürftige nach Altersgruppen in Niedersachsen in %



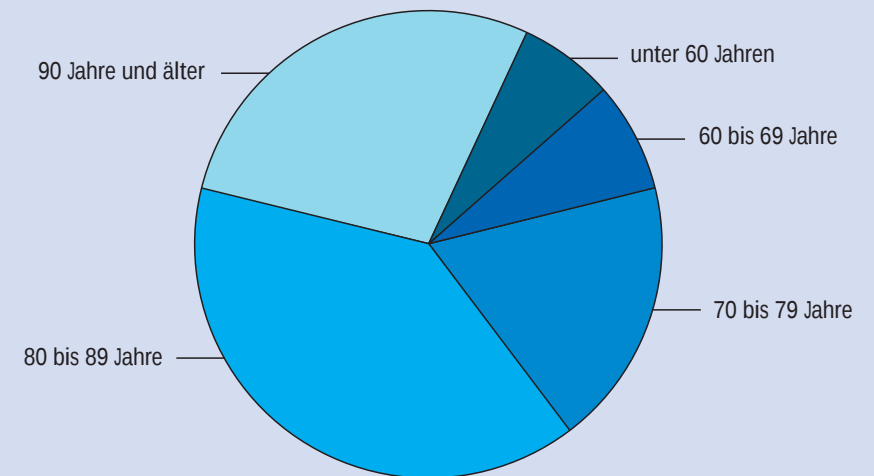
Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

65- bis 80-Jährigen sind noch verhältnismäßig selten auf Pflege angewiesen (5,5 %). Erst im hohen Alter nehmen Art und Schwere der Beeinträchtigung stark zu: Ein Drittel der 80-Jährigen gelten als mindestens erheblich pflegebedürftig.

Es muss darum gehen, mehr Aufmerksamkeit und mehr Verständnis für eine immer größere Zahl von Menschen in unserer Gesellschaft zu wecken, die Anspruch haben auf eine qualitätsvolle Pflege, auf Zuwendung und auf Menschlichkeit. Sie wollen nicht nur verwaltet und dokumentiert werden, sondern sie haben so wie alle ein Recht auf Achtung ihrer Würde. Aber auch all jene, die sich mit viel Kraft – körperlich und seelisch – für die Pflege von älteren Menschen engagieren, sollen ihre Aufgaben so ausüben können, dass sie auch den hohen Anforderungen gerecht werden können. Für eine humane Pflege sind folgende Punkte sehr wichtig:

- Die Pflege muss größere Wertschätzung erhalten, und der Pflegeberuf muss aufgewertet werden.
- Die Pflege muss weiter entbürokratisiert werden, um noch mehr Zeit für menschliche Zuwendung zu haben.
- Vereinfachung der Pflegedokumentation ohne Qualitätsminderung der Arbeit.
- Pflegenden Angehörige müssen durch psychosoziale Beratung, qualitätsgesicherte pflegerische Dienste und weitere familienentlastende Angebote in ihrer Arbeit unterstützt werden.
- Vor allem die ambulanten Pflegedienste, Kurzzeitpflege und Tages- und Nachtpflege helfen, Heimaufenthalte so weit und so lange wie möglich zu vermeiden.
- Berufstätigkeit und häusliche Pflege müssen vereinbar sein, flexiblere Arbeitszeitmodelle müssen geschaffen werden.
- Der Betreuungs- und Beaufsichtigungsaufwand für Demenzerkrankte muss in der Pflegeversicherung Berücksichtigung finden.
- Das Rehabilitationspotenzial der älteren Menschen sollte speziell in der ambulanten und teilstationären Pflege berücksichtigt werden, um gezielt zu fördern und den Gesundheitszustand zu verbessern oder zu stabilisieren.

Pflegebedürftige in Pflegestufe III nach Altersgruppen



Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

Mit der Novelle zum Niedersächsischen Pflegegesetz aus dem Jahr 2004 hat die Landesregierung die Förderung von ambulanten Pflegediensten, Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen in den Vordergrund gestellt. Das Gesetz trägt somit dazu bei, dass pflegebedürftige Menschen länger in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können. Zugleich wurde mit dem Gesetz dafür Sorge getragen, dass Mehraufwendungen nicht zu Lasten der Kommunen gehen.

Bewährt hat sich das niedersächsische Pflege-Notruftelefon. Es berät Pflegebedürftige, Angehörige und Pflegekräfte bei allen Fragen und Problemen.

Anzustreben ist auch die Ausweitung des ehrenamtlichen Engagements im Pflegebereich zur Verbesserung der Lebenszufriedenheit Pflegebedürftiger und zur Unterstützung der Fachkräfte.

Die landesweite »Personalinitiative Pflege« bemüht sich intensiv um die Nachwuchssicherung, um den Pflegeberuf attraktiver zu machen.

Die Situation der Pflege in Niedersachsen ist ausführlich im Landespflegebericht 2006 dargestellt.



Demenz – die Alterskrankheit der Zukunft

Die demografische Entwicklung in den vor uns liegenden Jahrzehnten lässt keinen Zweifel daran, dass dementielle Erkrankungen, wie die Morbus Alzheimer Erkrankung, das Sozial- und Gesundheitssystem vor wachsende Herausforderungen stellen werden.

Auch die Angehörigen, die professionellen Dienste und die Einrichtungen im Bereich der Altenhilfe werden sich auf die besonderen Anforderungen in der Pflege von Demenzerkrankten einstellen müssen: Demenz ist die Alterskrankheit der Zukunft!

An einer Demenz leiden in Deutschland etwa 1 Mio. Menschen – mit steigender Tendenz. Der Grund: Das Risiko steigt mit dem Alter. So leidet im Alter zwischen 65 und 69 Jahren jeder Zwanzigste an einer Demenz, aber zwischen 80 und 90 ist schon fast jeder Dritte betroffen.

Experten rechnen für das Jahr 2050 mit 2 Mio. Betroffenen. Dabei entfallen sowohl bei Neuerkrankungen als auch bei bestehenden Demenzerkrankungen etwa 70 % auf Frauen und nur 30 % auf Männer.

Notwendig ist ein Netz von abgestuften, bedürfnisorientierten und gemeindenahen Hilfen und Versorgungsangeboten für diese hilfebedürftigen Menschen.

Wir haben es in Niedersachsen möglich gemacht, niedrighschwellige Angebote für Menschen mit Demenz und ihre pflegenden Angehörigen zu unterstützen. Angesichts der steigenden Anzahl von Demenzerkrankten besteht hier weiterer Handlungsbedarf vor allem in den Bereichen Früherkennung, Prävention, Behandlung und Betreuung. Durch mehr Aufklärung in der Bevölkerung können erste Krankheitsanzeichen als solche gedeutet und eine Demenz kann so früher diagnostiziert werden, was Einfluss auf den Therapieerfolg hat. Notwendig sind auch weitere Forschungsanstrengungen, da die medikamentöse Therapie noch sehr unzureichend ist. Mittlerweile werden drei gerontopsychiatrische Zentren in Niedersachsen gefördert, die auf dem Gebiet der Hirnforschung für neue Erkenntnisse sorgen sollen. Sinnvoll ist die Einrichtung flächendeckender Beratungszentren in ganz Niedersachsen.

Einen wichtigen Stellenwert hat hierbei auch die künftige Wohnform für die Betroffenen, wie zum Beispiel Wohngemeinschaften oder baulich speziell gestaltete Wohngruppen in Heimen.

Die Schnittstellenproblematik zwischen Kranken- und Pflegeversicherung zeigt sich auch besonders in der Behandlung von Demenzerkrankten. Um den Bedürfnissen der Betroffenen Rechnung zu tragen, muss der Pflegebegriff in der Pflegeversicherung mittelfristig überarbeitet und erweitert werden, so dass der Betreuungs- und Beaufsichtigungsaufwand Berücksichtigung findet.

Auch die pflegenden Angehörigen – in der Mehrzahl Frauen – haben Unterstützungsbedarf. Er reicht von Informationen über finanzielle Hilfe für die Pflege und die medizinische Betreuung, über die Möglichkeit des Erfahrungsaustausches in Selbsthilfegruppen und Hilfe in Krisensituationen, bis hin zur zeitlichen Entlastung bei der

Pflege. Hier kann in der Zukunft ein therapeutisches Gesamtkonzept im Sinne eines Case-Managements wirksam und kostengünstig helfen. Außerdem können niedrigschwellige Versorgungsangebote wie Betreuungsgruppen und ehrenamtliche Helfer einen sehr wichtigen Beitrag leisten. Das Niedersächsische Sozialministerium fördert darum den Auf- und Ausbau solcher Angebote.

So gibt es beispielsweise im Mehrgenerationenhaus Stuhr (Landkreis Diepholz) das Projekt ›PRO DEM e. V.‹ zur Tagesbetreuung von Demenzkranken und Unterstützung für pflegende Angehörige. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer betreuen dort insgesamt 100 Betroffene und unterstützen die Therapieangebote.

Palliativmedizin und Hospize – in Würde sterben

Der Tod ist ein Tabuthema in unserer hochtechnisierten Gesellschaft. Wir setzen uns nicht gern damit auseinander, dass unser Leben endlich ist, weil das Ende unter Umständen von Krankheit und Schmerzen begleitet ist. Jeder Mensch hat das Recht auf ein Sterben in Würde. Es ist deshalb wichtig, die Angebote der Palliativversorgung in Niedersachsen zu erweitern, weil sie die Angst vor Schmerzen nehmen können und damit zu einem Leben in Würde vor dem Tod verhelfen.

Hospizeinrichtungen zur Sterbebegleitung müssen weiter unterstützt werden. Denn nur wo eine humane Sterbebegleitung vernachlässigt wird, kann der Ruf nach aktiver Sterbehilfe und assistiertem Suizid laut werden.

Neben der Verbesserung der Lebensqualität von Schwerkranken und Sterbenden darf auch die Unterstützung deren Familien bei der Begleitung nicht außer Acht gelassen werden. In Niedersachsen ist in den vergangenen Jahren eine große Anzahl von ambulanten und stationären Hospizen entstanden. Es gibt 14 stationäre Hospize, 120 ambulante Hospizdienste und 20 Palliativstationen bzw. Palliativbereiche in Krankenhäusern (Stand April 2007).



Die Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, eine möglichst flächendeckende, qualitativ hochwertige Palliativversorgung in Niedersachsen zu verwirklichen, die auch wirtschaftlichen Kriterien standhält.

Das Niedersächsische Sozialministerium hat deshalb ein Rahmenkonzept zur flächendeckenden palliativmedizinischen Versorgung in Niedersachsen entwickelt. Es sieht vor, bis zu 40 Palliativstützpunkte einzurichten. Ein solcher Stützpunkt ist ein Organisationsverbund zwischen den Leistungserbringern in der ›Spezialversorgung‹. Jeder Stützpunkt muss anbieten:

- eine 24-Stunden-Hotline zur Beratung und Koordination,
- eine wohnortnahe ambulante palliativmedizinische Versorgung,
- eine wohnortnahe ambulante und stationäre Begleitung und Betreuung durch Hospizdienste,
- die stationäre Versorgung durch entsprechende Krankenhäuser.

Einen großen Schritt voran hat die Palliativmedizin mit dem 2007 eröffneten Palliativmedizinischen Zentrums an der Universitätsklinik

Göttingen gemacht. Das neue Palliativzentrum verfügt über zehn Betten, darunter acht Einzelbetten mit rooming-in-Möglichkeit für Angehörige sowie eine Tagesklinik für die ambulante Versorgung von Palliativpatientinnen und -patienten. Das Palliativzentrum Göttingen, in dem derzeit vier Ärzte, zehn Pflegekräfte, ein Psychologe und ein Sozialarbeiter arbeiten, wird wesentlich dazu beitragen, Forschung und Lehre sowie die Patientenversorgung in der Palliativmedizin weiter zu entwickeln.

Palliativversorgung muss Pflichtfach in der medizinischen Ausbildung werden, weil nur so das Wissen um deren Möglichkeiten flächendeckend verankert werden kann. Die Landesregierung hat eine entsprechende Initiative in den Bundesrat eingebracht.

Wo der Verbleib des schwerkranken sterbenden Menschen im häuslichen Umfeld nicht mehr möglich ist, stellen Hospiz-Einrichtungen eine geeignete Alternative für ein würdevolles und möglichst schmerzfreies Sterben bei gleichzeitiger intensiver menschlicher Betreuung und Zuwendung dar. Sie ermöglichen eine pflegerische und palliativmedizinische Versorgung, wie sie im häuslichen Umfeld oft nicht zu leisten ist. Die ehrenamtliche Hospizarbeit ist zu einem festen und unverzichtbaren Bestandteil der Palliativversorgung geworden. Inzwischen gibt es vielerorts – oft ehrenamtliche – Initiativen, das Angebot an Hospizen in Niedersachsen auszuweiten. Das Rahmenkonzept des Niedersächsischen Sozialministeriums sieht vor, ehrenamtlich Tätige fortzubilden.

In den vergangenen Jahrzehnten sind innerhalb der Palliativversorgung vielfältige Ansätze und Projekte entstanden, die sich in einem Spannungsbogen von Palliativmedizin über Hospizversorgung bis hin zu Selbsthilfegruppen betroffener Angehöriger bewegen und die nunmehr im Sinne einer Sektoren übergreifenden Versorgung zusammengeführt werden.

Palliativstützpunkte in Niedersachsen





Neue Wohnformen

Die Mehrheit der älteren Menschen möchte möglichst lange selbstständig und selbstbestimmt in der vertrauten Umgebung wohnen und wünscht sich deshalb ein vielfältiges, individuell gestaltbares Wohn- und Unterstützungsangebot. Dazu gehören neben einer altengerechten Wohnung auch eine funktionierende Infrastruktur sowie ein Umfeld, das gute soziale Kontakte ermöglicht.

Immer mehr Menschen im Alter suchen nach neuen Wohnformen, die ihren Wünschen nach Individualität, Vertrautheit, Sicherheit und

Überschaubarkeit Rechnung tragen. Eine qualifizierte Wohnberatung ist deshalb von großer Bedeutung. Die größer werdende Nachfrage nach altengerechtem Wohnraum müssen auch Stadtplaner, Architekten und die Wohnungswirtschaft frühzeitig berücksichtigen. Denn in Zukunft werden die Seniorinnen und Senioren die Familie als größte Nachfragegruppe auf dem Wohnungsmarkt ablösen.

Es sind Wohnangebote notwendig, die auch bei gesundheitlichen Einschränkungen weiter genutzt werden können und mit Service- und Pflegedienstleistungen kombinierbar sind. Diese Angebote ermöglichen es, so lange wie möglich selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben. Dies trägt nicht zuletzt dazu bei, neue Strukturen in der Altenhilfe zu entwickeln.

Die Bertelsmann-Stiftung hat aufgezeigt, dass unter gleichbleibenden Strukturbedingungen (stationäre Pflegeplätze, isolierte Wohnkonzepte etc.) aufgrund des ansteigenden Bedarfs an Pflege bis zum Jahr 2015 die Heimplätze verdoppelt werden müssten und die anfallenden Pflegesätze und Personalkosten um ein Vielfaches anstiegen. Statt überkommene Strukturen fortzuschreiben, ist es dringend, zukünftige Aufgaben anzugehen: Eigeninitiative und Eigenverantwortung, gegenseitige Hilfe zwischen Älteren und den Generationen, aktive nachbarschaftliche Netzwerke sowie Familienhilfe.

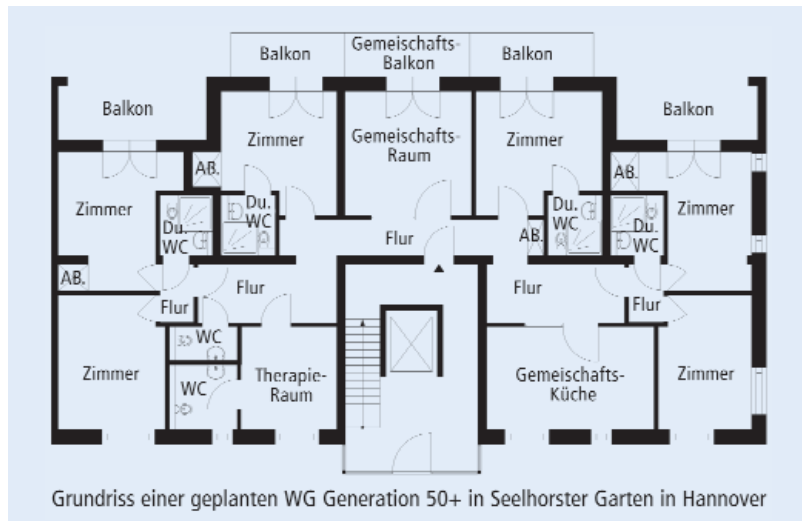
Auch das selbstständige Wohnen für pflegebedürftige und demenziell erkrankte Menschen kann gestärkt werden, indem zusätzliche Anstrengungen im Bereich der altersgerechten Anpassung von Wohnungen, des räumlichen Umfeldes und der sozialen Infrastrukturen unternommen werden. Darüber hinaus müssen selbstbestimmte Wohnformen weiterentwickelt werden für Menschen, die nicht mehr zu Hause wohnen können. Diese Wohnformen müssen kleinräumig mit verschiedenen Betreuungskonzepten in den Wohnquartieren verknüpft werden.

Mehr als bisher gilt es, auf die Eigeninitiative von älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu setzen, die sich an der Entwicklung und Gestaltung zukünftiger Wohn- und Versorgungsformen beteiligen. Diese Selbsthilfekräfte zu stärken, kann ein wichtiger Beitrag dazu

sein, die Herausforderung des demografischen Wandels zu bewältigen. Darüber hinaus müssen aber auch die Wohnungsunternehmen bereit sein, ihren Bestand an die Bedürfnisse ihrer älteren Mieterschaft anzupassen. Die Politik muss insbesondere den Kommunen genügend Gestaltungsoptionen bei der Bauleitplanung verschaffen, um neue Handlungsspielräume im Sinne neuer Wohnformen nutzen zu können.

Oft sind angestammte Wohnungen, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner häufig schon sehr lange leben, nicht den Erfordernissen des Alters angepasst. In vielen Fällen ist eine Umgestaltung jedoch möglich, indem z. B. Türschwellen beseitigt, Rampen oder Lifte Treppen ersetzen oder ergänzen. Auch andere Hilfsmittel und Haltegriffe können die Sicherheit erhöhen, somit die Selbstständigkeit unterstützen und darüber hinaus die häusliche Pflege erleichtern. Für das Handwerk eröffnen sich auf diesem Gebiet neue Chancen.

Es ist nicht notwendigerweise davon auszugehen, dass Menschen im Alter weniger Platz bräuchten. Es ist eine falsche Annahme, der ältere Mensch, der auf die Wohnung beschränkt ist, komme selbstverständlich mit ein bis zwei Zimmern aus.



Die Planung, der Bau und die Modernisierung von Wohnraum dürfen sich nicht nur am aktuellen Bedarf orientieren, sondern müssen die absehbaren demografischen Veränderungen aufgreifen. Notwendig ist es,

- alten Menschen Barrierefreiheit in ihren Wohnungen zu ermöglichen,
- Angebote des betreuten Wohnens im unteren und mittleren Preissegment zur Verfügung zu stellen,
- neue Formen des gemeinschaftlichen Wohnens im Alter zu entwickeln,
- technische Unterstützungssysteme und altersgerechte Informations- und Kommunikationsmittel anzubieten,
- Wohnprojekte mit ambulanten Pflegediensten zu realisieren,
- Konzepte des gemeinschaftlichen Wohnens von Alt und Jung zu fördern und
- eine qualifizierte Wohnberatung vor Ort einzurichten.

Mit dem niedersächsischen Wohnraumförderungsprogramm leistet das Niedersächsische Sozialministerium einen Beitrag zur Förderung von Altenwohnungen und zum barrierefreien Um- und Ausbau bestehender Wohnungen. Es bietet auch die Möglichkeit, neue Wohnformen im Alter zu fördern.

Mit Hilfe von Städtebauförderungsmitteln des Landes und des Bundes können darüber hinaus Modernisierungen von Wohnungen gefördert werden, um sie z. B. barrierefrei herzurichten.

Um die vielfältigen Möglichkeiten von altersgerechten Wohnformen aufzuzeigen und um auf diesen Gebieten neue Anregungen zu geben, unterstützt das Niedersächsische Sozialministerium den Aufbau von Wohnberatungsstrukturen.

Es muss darum gehen, deutlich zu machen: Differenzierte Wohnbedürfnisse sind Ausdruck der Vielfalt des Alters. Gerade in den neuen Wohnformen nimmt das neue Bild vom Alter konkrete Gestalt an.

Leben im Heim

Weniger als 5 % der Menschen über 65 Jahre leben in Heimen. Oft ist der Umzug ins Heim die Folge von fehlenden Service-Angeboten, die das eigenständige Wohnen in der vertrauten Umgebung unterstützen. Allerdings ziehen manche ältere Menschen auch aus eigenem Antrieb in ein Heim, weil sie dort eine gute soziale Integration, Kompetenzförderung und – soweit nötig – Betreuung und Unterstützung finden, entsprechend ihrem Gesundheitszustand oder Pflegebedarf. In den mehr als 1250 Pflegeheimen in Niedersachsen sollen alte Menschen in Würde leben können. Das Leben im Heim ist so zu gestalten, dass

- die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner berücksichtigt werden und ihr Selbstbestimmungsrecht gewahrt bleibt;
- Selbstständigkeit und Selbstverantwortung gefördert werden. Dazu gehört z. B., dass auch Pflegebedürftige das Recht haben sollten, ihren Tagesablauf selbstbestimmt zu gestalten und die dazu erforderliche Hilfestellung zu erhalten;
- die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird;
- Gewohnheiten und Lebenshintergrund in die Pflege einbezogen und Wünsche und Bedürfnisse beim Essen und Trinken beachtet werden;
- allgemein anerkannte Leistungs- und Qualitätsstandards gesichert werden;
- Heimbewohner vor Vernachlässigung geschützt werden;
- im Heimvertrag verankerte Rechte und Pflichten gewahrt werden;
- zwischen Entgelt und Leistung des Heimträgers kein Missverhältnis besteht;
- das Mitspracherecht in den Angelegenheiten des Heimbetriebes gewahrt wird.

Diese Vorgaben zu garantieren, ist eine Aufgabe der Heimaufsicht. Ihr Ziel ist es, zusammen mit den Heimbetreibern und den Heimbei-



räten den Bewohnerinnen und Bewohnern ein möglichst individuelles, selbstbestimmtes und würdevolles Leben in der Heimgemeinschaft zu ermöglichen.

Die Zusammenarbeit zwischen dem Medizinischen Dienst der Krankenversicherungen (MDK) und der Heimaufsicht sollte inhaltlich und terminlich so gestaltet werden, dass Mehrfachprüfungen vermieden werden. Im Heimrecht gibt es Entbürokratisierungspotenziale, die noch zu nutzen sind.

Die Qualität der Pflege muss allerdings durch eine sinnvolle Pflegedokumentation gesichert sein, die nicht auf Kosten der wichtigen menschlichen Zuwendung gehen darf.

Das Heimrecht sollte so gestaltet sein, dass es auch neue Wohn- und Betreuungskonzepte, wie z. B. ambulante Wohngemeinschaften, ermöglicht.

Besondere Zielgruppen



Ältere Menschen mit Behinderungen

Rund 700.000 Menschen haben in Niedersachsen einen gültigen Schwerbehindertenausweis. Ihre Anzahl ist seit 1991 kontinuierlich um fast 100.000 Betroffene gestiegen. Diese Entwicklung wird sich fortsetzen. Mehr als die Hälfte der schwerbehinderten Menschen ist älter als 65 Jahre. Nach einer Prognose des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik wird bei einer insgesamt gleich hohen Bevölkerungszahl wie heute die Anzahl der über 60-Jährigen mit einer Schwerbehinderung um 32.000 ansteigen.

Auch die Zahl der Menschen mit einer geistigen Behinderung nimmt zu. Schon bald wird sich die Lebenserwartung dieser Gruppe jener der nicht behinderten Menschen annähern.

Auch behinderte Menschen werden altersgebrechlich und brauchen Hilfe, die sie zuvor nicht nötig hatten. Das bringt erhebliche Veränderungen in den Anforderungen an das Betreuungs- und Pflegepersonal mit sich.

Dabei ist der betroffene Personenkreis sehr vielfältig hinsichtlich des Zeitpunktes des Eintretens der Behinderung, der Art und Schwere der Behinderung oder ob es sich um Körperbehinderte, Blinde und Sehbehinderte bzw. um chronisch psychisch behinderte Menschen handelt.

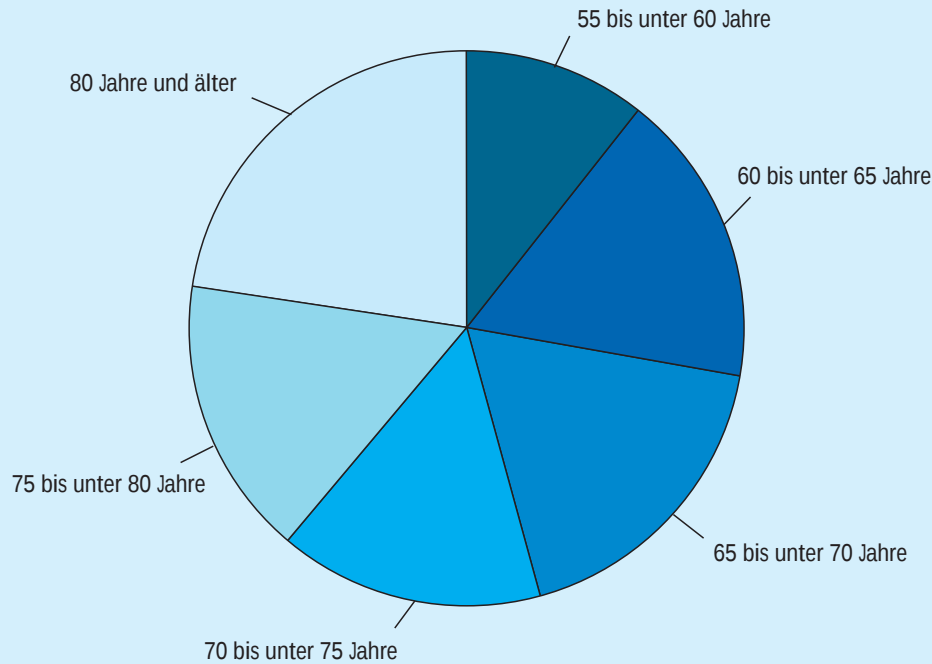
Schätzungen gehen dahin, dass im Jahre 2010 über 2.300 Personen im Alter von 60 und mehr Jahren in den Langzeiteinrichtungen für geistig Behinderte und Wohnstätten und Werkstätten in Niedersachsen leben. 2030 werden einer Hochrechnung zufolge bis 9.600 Personen bei rund 20.600 Plätzen erreicht (Pflegerahmenplan).

Insbesondere geistig und seelisch Behinderte sowie schwerstmehrfach behinderte Menschen leben in den Einrichtungen der Behindertenhilfe oft ohne familiäre Bezüge. Nach wie vor leben allerdings die meisten Menschen mit einer Behinderung auch im Alter zuhause. Um dem Grundsatz der Selbstbestimmung soweit wie möglich entsprechen zu können, sollen die Weiterentwicklung, die Förderung und eine bessere sozialrechtliche Absicherung von ambulanten Hilfen Vorrang haben.

Die Behinderten- und Altenhilfe muss sich auf die unterschiedlichen Bedürfnisse einstellen. Nach dem Grundsatz ›ambulant vor stationär‹ geht es stets darum, die vorhandenen Kompetenzen zu bewahren und weiter zu entwickeln und bedarfsgerechte Unterstützung zu geben. Notwendig ist eine engere Kooperation und Vernetzung zwischen Behindertenhilfe, Altenhilfe, Gesundheitsvorsorge und Pflege.

Im Zentrum steht der einzelne Mensch mit einer Behinderung. Beispielhaft dafür ist die Einführung des Persönlichen Budgets, das wesentlich dazu beiträgt, gesellschaftliche Teilhabe sowie ein hohes

Schwerbehinderte in Niedersachsen im Alter über 54 Jahren



Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

Maß an selbstbestimmtem Leben auch für Menschen mit Behinderung im Alter zu ermöglichen.

Wichtig ist es, Menschen mit Behinderung auch im Alter weitgehende Kontinuität in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Für behinderte Menschen, die in einer Werkstatt für Behinderte arbeiten, sollten flexible Regelungen möglich sein. Beim Ausscheiden aus dem Arbeitsleben sollte auf Wunsch das Wohnen in den gewachsenen sozialen Beziehungen erhalten bleiben. Altersheime sind jedenfalls nicht auf die Betreuung alter Menschen mit geistiger Behinderung vorbereitet und eingerichtet.

Um behinderten Menschen in ihrer Selbstbestimmung zu unterstützen, ist es von besonderer Bedeutung, Vorsorge- und Hilfeangebote zur Verfügung zu stellen. Nicht nur für diejenigen, die in Wohnheimen leben, sondern auch für diejenigen, die bereits in unterschiedlichen Wohnprojekten leben, geht es darum, die erreichte Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten. Für alte Menschen mit Behinderung ist das Wohnen im vertrauten Umfeld von ganz großer Bedeutung. Um ihrer Selbstbestimmung gerecht werden zu können, müssen deshalb neue Wohnmodelle konzipiert und entsprechend gefördert werden. Solche Projekte sollen den Verlust traditioneller Sozialbeziehungen auffangen und kompensieren, gleichzeitig aber auch den erforderlichen Freiraum des Einzelnen gewährleisten. Im Altersprozess spielt der Beschäftigungsbereich, die Übernahme bestimmter Aufgaben eine besondere Rolle. Aus diesem Grund sollten die Wohnprojekte weitestgehend wirtschaftlich unabhängig gestaltet sein oder sich beispielsweise durch eigenen Lebensmittelanbau selbst tragen.

Die Wünsche und Bedürfnisse alt werdender Menschen mit Behinderung oder ohne Behinderung nach Selbstbestimmung unterscheiden sich nicht. Entscheidend für das Älterwerden behinderter Menschen ist, dass sie spezielle Hilfen und Unterstützung erhalten von Seiten des Personals, der Kommunen, der Einrichtungen, Institutionen und Verbände.

Gesetzliche Betreuung

Gerade weil viele ältere Menschen im letzten Abschnitt ihres Lebens auf die Hilfe anderer angewiesen sind, sollte jeder Bürger sich rechtzeitig mit der Frage auseinandersetzen, von wem er Hilfestellung erhalten möchte, falls er zur Regelung seiner Angelegenheiten nicht mehr in der Lage sein sollte.

Dies kann beispielsweise durch Bevollmächtigung einer Vertrauensperson oder durch die Festlegung von Wünschen für die Durchführung einer künftigen Betreuung geschehen.

Betreuerinnen und Betreuer dürfen nur für die Aufgabenkreise bestellt werden, in denen eine Betreuung tatsächlich erforderlich ist. Bereiche, die Betroffene eigenständig erledigen können, dürfen Betreuerinnen oder Betreuer nicht übertragen werden. Betreuung ist nicht Bevormundung und vor allem keine Entrechtung. Das oberste Gebot muss stets der Wille der Betroffenen sein.

Das Amt des Betreuers ist in der Regel ein Ehrenamt. Nur in Ausnahmefällen wird die Einsetzung eines Berufsbetreuers in Frage kommen. Die Umsetzung der Ziele des Betreuungsgesetzes wäre schon heute ohne die vielen ehrenamtlichen Betreuungspersonen nicht denkbar. Wir brauchen aber noch mehr sozial engagierte Bürgerinnen und Bürger, die zur Übernahme dieser wichtigen Aufgabe bereit sind, um der wachsenden Zahl von betroffenen Menschen auch künftig individuell helfen zu können. Angesichts der steigenden Zahl von Demenzerkrankten in den nächsten Jahren benötigen wir mehr Aus- und Fortbildungen für die eingesetzten Betreuerinnen und Betreuer.

Das vierte Lebensalter: Hochbetagte

Die Lebenserwartung ist bei uns seit dem Jahr 1900 um über 30 Jahre gestiegen. Während heute jeder 21. Einwohner Niedersachsens 80 Jahre und älter ist, wird im Jahr 2020 voraussichtlich jeder 15. und im Jahr 2050 annähernd jeder Neunte der Gesamtbevölkerung zu den Hochbetagten zählen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich von heute 4,7 % (372.700 Hochbetagte) auf 11,3 % (865.000 Hochbetagte) im Jahr 2050 erhöhen.

Die Lebenslagen der einzelnen hochbetagten Menschen unterscheiden sich jedoch zum Teil erheblich nach materieller Sicherung, Gesundheit und Pflegebedürftigkeit, sozialer Integration und Wohnsituation. So leben noch 40 % der über 80-Jährigen allein und selbstständig zuhause, etwa 30 % sind im Haushalt hilfebedürftig und nur etwa 30 % sind im eigentlichen Sinn pflegebedürftig.



Ziel ist es, die Selbstständigkeit so lange wie möglich zu erhalten und den Wunsch nach einem eigenverantwortlichen Leben in der eigenen Wohnung zu berücksichtigen. Unterstützung geben dabei Gesundheits- und Pflegedienste. Darüber hinaus gibt es zunehmend hauswirtschaftliche Dienstleistungsangebote für Hochbetagte. Vor allem aber sind es die Familienangehörigen und oft auch die Nachbarn, die hochbetagten Menschen zur Seite stehen.

In Zukunft wird es immer mehr alte Menschen geben, denen dieser familiäre Rückhalt aufgrund der demografischen Entwicklung fehlt. Daher ist es von großer Bedeutung, Konzepte zu entwickeln, die das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich verstärken, Angehörige und nachbarschaftliches Umfeld mit einbeziehen und unterstützen.

Das Niedersächsische Sozialministerium entwickelt schon heute Projekte, die gezielt darauf ausgerichtet sind, das Engagement der jüngeren Senioren für die Hochbetagten zu fördern. Um der Gefahr der Isolation im Alter entgegen zu wirken, sind die Mehrgenerationenhäuser ein wichtiges Element. Hier können sich Menschen bis ins

hohe Alter hinein einbringen und in generationenübergreifenden Projekten mitwirken.

Um die Selbstständigkeit zu unterstützen, ist es weiterhin wichtig, dass Industrie, Wirtschaft und Dienstleistungsbereiche Angebote entwickeln, die den speziellen Bedürfnissen der hochbetagten Menschen entgegenkommen. Leicht handhabbare Technik kann die Lebensqualität erhöhen und insbesondere das Wohnen in den eigenen vier Wänden für lange Zeit ermöglichen, weil sie vorhandene Kompetenzen fördert. Mit der ›Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag‹ (LINGA) unterstützt das Niedersächsische Sozialministerium die Entwicklung und Anwendung solcher Techniken und Produkte.

Innovative Wohnformen tragen ebenfalls dazu bei, Hochbetagten das Verbleiben im gewohnten Umfeld zu ermöglichen. Nicht zuletzt ist gesundheitliche Prävention ein Thema auch für Hochbetagte. Körperliches Training beugt der Sturzgefahr vor und hilft, den Alltag selbstständig zu meistern.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Nicht nur die deutsche, sondern auch die zugewanderte Bevölkerung altert. Bisher sind 8,6 % dieser Gruppe über 60 Jahre alt, doch das wird sich ändern: Nach einer Modellrechnung für ganz Deutschland wird die Zahl der über 60-jährigen Ausländer von 624.000 im Jahr 2000 auf 1,3 Millionen im Jahr 2010 und auf 2,8 Millionen im Jahr 2030 ansteigen. Zur Gruppe der Migrantinnen und Migranten sind zu zählen:

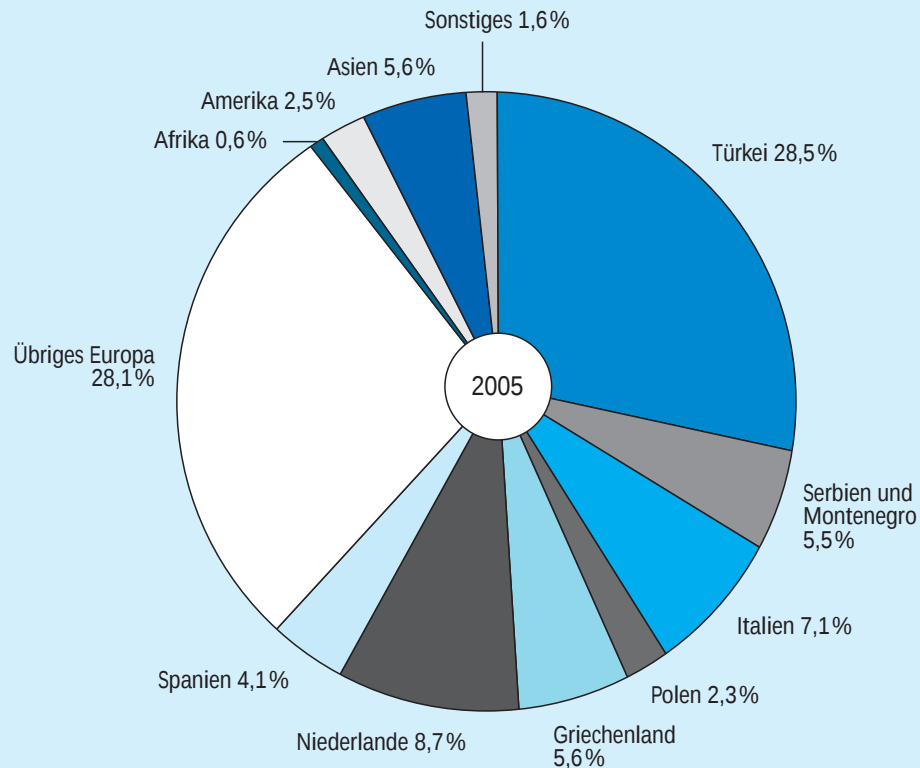
- Arbeitsmigrantinnen und Arbeitsmigranten,
- Flüchtlinge und Asylberechtigte, Bürgerinnen und Bürger aus der Europäischen Union sowie aus anderen Ländern,
- eingebürgerte ältere Staatsangehörige ausländischer Herkunft und Seniorinnen und Senioren mit doppelter Staatsbürgerschaft, die statistisch in die Gruppe der Deutschen einbezogen werden.



Die steigende Anzahl älterer Menschen mit Migrationshintergrund ist für die Altenhilfe eine wachsende Herausforderung. Denn häufig sind Unkenntnis über bestehende Angebote, Angst vor Diskriminierung oder die Ignorierung ihrer sprachlichen, kulturellen und religiösen Bedürfnisse Zugangsbarrieren für ältere Ausländerinnen und Ausländer. Informationslücken gerade im medizinischen Bereich sind bedeutsam, weil es um komplexe und intime Themen geht. Darüber zu sprechen, fällt vielen schon in der Muttersprache schwer. Deshalb sind Initiativen besonders hilfreich, die mithelfen, sprachliche und kulturelle Barrieren zu überwinden.

Hintergrundwissen um verschiedene Kulturen ist eine wichtige Voraussetzung für das Verständnis von Menschen, die nicht in unserem Land geboren und aufgewachsen sind. Im Bereich Pflege können Teams, die sich aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlicher Kulturen zusammensetzen, eine gute Voraussetzung für einen qualifizierten Pflegeprozess sein. Kultursensible Pflege versteht sich als Zusammenarbeit zwischen demjenigen, der gepflegt wird, seinen Angehörigen und den Pflegekräften.

Ausländer im Alter von 60 und mehr Jahren am 31.12. nach ausgewählten Staatsangehörigkeiten



Quelle: Nds. Landesamt für Statistik

Wohlfahrtsverbände und Kommunen bieten Begegnungsmöglichkeiten für ältere, nicht pflegebedürftige Ausländerinnen und Ausländer an. Wünschenswert wären gezielte Modelle, um die Vielfalt der Angebote zu erweitern und um die psychosoziale und gesundheitliche Versorgung älterer Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern.

Das Altern in der Fremde erfordert Umdenken und Anpassung in vielen Bereichen, sowohl für die Migrantinnen und Migranten selbst als auch für die Anbieter von Diensten und Einrichtungen. Migration kann einerseits das Krankheitsrisiko beeinflussen (z. B. Isolation, schwere körperliche Arbeit), andererseits eröffnet sie aber auch die Chance zu einer adäquaten Therapie, die es im Herkunftsland nicht gibt.

Ein Beispiel für einen richtungsweisenden Schritt ist in Hannover die Einrichtung einer ethnomedizinischen Abteilung in der DRK-Ber-taklinik, die sich besonders der Betreuung von muslimischen Migran-tinnen und Migranten widmet. Darunter ist die gezielte Berück-sichtigung soziokultureller und ethnischer Besonderheiten in der Anwendung der deutschen Schulmedizin zu verstehen. Mit diesem Schritt wurde die Lücke der ethnomedizinischen stationären Versor-gung für muslimische Patientinnen und Patienten zumindest in Han-nover geschlossen. Neben einer solchen stationären Versorgung ist auch ein Netzwerk aus ambulanter, stationärer und Reha-Behand-lung unter Einbeziehung der Altenpflege wünschenswert, das auf die besonderen Bedürfnisse von Menschen aus anderen Ländern gezielt eingeht.

Gleichgeschlechtliche Lebensformen

Von den rund zwei Millionen Menschen in Niedersachsen, die älter als 60 Jahre sind, sind bis zu 100.000 gleichgeschlechtlich orientiert. Die heute 60-Jährigen unter ihnen sind die ersten, die ›offen‹ alt werden und somit die Möglichkeit haben, sich intensiv mit den Begleiter-scheinungen des eigenen Alters auseinandersetzen zu können. Somit ist auch die Integration von lesbischen Frauen und homosexuellen Männern in Angebote der offenen sozialen Arbeit mit Seniorinnen und Senioren und in der Seniorenbetreuung leichter, auch wenn noch gesellschaftliche Hürden und Vorurteile zu überwinden bleiben.

Seniorenpolitische Maßnahmen und Projekte des Sozialministeriums

Miteinander der Generationen

Das Niedersächsische Sozialministerium hat als erstes in Deutschland die Idee der ›Mehrgenerationenhäuser‹ gefördert. Sie sind ein wichtiger Beitrag zum Aufbau neuer Nachbarschaften mit Begegnungs- und Kontaktmöglichkeiten zwischen Jung und Alt.

Inzwischen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diese gute Idee aufgegriffen und das ›Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser‹ gestartet. In Niedersachsen werden derzeit 54 Mehrgenerationenhäuser (Stand 2007) gefördert.

Landesagentur Generationendialog

Die ›Niedersächsische Landesagentur Generationendialog‹ ist Informations-, Beratungs- und Vernetzungsstelle für freiwilliges Engagement von Alt und Jung. Sie hat als Ziel, gemeinsam mit weiteren Akteuren intergenerative Ansätze zum freiwilligen Engagement zu fördern, landesweit Transparenz über bestehende Aktivitäten zu schaffen, Modelle guter Praxis zu verbreiten und Vernetzung im Freiwilligenbereich zu unterstützen. Das Angebot richtet sich an Freiwillige und Akteure aus Vereinen, Projekten, Verbänden, Kommunen und Unternehmen, die generationenübergreifende Ansätze vorantreiben wollen.

Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren

Seit Ende 2005 unterstützt das Niedersächsische Sozialministerium zwei Modellprojekte ›Freiwilliges Jahr für Seniorinnen und Senioren‹. Das eine Projekt wird von der Landeshauptstadt Hannover durchgeführt, das andere vom Landkreis Osnabrück. Beide Projekte wollen deutlich machen, in welcher Weise die Kompetenzen der ›Alten‹ auf freiwilliger, aber dennoch über einen längeren Zeitraum hinweg verbindlichen Basis nutzbar sind.

Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche

Engagement-Lotsen für Ehrenamtliche in Niedersachsen (ELFEN) ist ein Qualifizierungsprogramm für Menschen in Niedersachsen, die sich bürgerschaftlich und ehrenamtlich betätigen. Sie sollen zu Lotsen qualifiziert werden, um neue Freiwillige zu gewinnen und die Engagement fördernde Infrastruktur zu verbessern.

Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag (LINGA)

Das Niedersächsische Sozialministerium hat zusammen mit weiteren Kooperationspartnern (IHK, Handwerkskammer, Verbraucherzentrale, Landesseniorenvertretung, Unternehmerverbänden, Gewerkschaften usw.) die ›Landesinitiative Niedersachsen generationengerechter Alltag‹ (LINGA) gegründet. Zielsetzung der Landesinitiative ist die Vermittlung eines neuen und differenzierten Bildes des Alters und des Alterns in der Gesellschaft. Die Unternehmen sollen sensibilisiert und ermutigt werden, ältere Menschen als wachsende Zielgruppe in Niedersachsen mit ihren Anforderungen, Bedürfnissen und Wünschen ernst zu nehmen. Die Geschäfte der Landesinitiative führt die Wolfsburg AG.

2006 ist das Land dem ›Netzwerk Seniorenwirtschaft Europäischer Regionen‹ beigetreten.

Selbsthilfe

Das Niedersächsische Sozialministerium fördert das ›Selbsthilfebüro Niedersachsen‹, dem 22 Selbsthilfe-Kontaktstellen angeschlossen sind.

Das Selbsthilfebüro stellt die landesweite ›Kontakt-, Beratungs-, und Informationszentrale‹ für alle örtlichen und regionalen Aktivitäten und Selbsthilfegruppierungen in Niedersachsen dar.

Wohn- und Kompetenzzentrum für Demenzkranke

Das Niedersächsische Sozialministerium fördert die ›Errichtung eines Wohn- und Kompetenzzentrums‹ für Menschen mit dementiellen Erkrankungen im Stadtumlandbereich von Hannover. Das Vorhaben dient der Weiterentwicklung, Ausdifferenzierung und Unterstützung der Versorgungskette für ›Menschen mit Demenz‹.

Palliativstützpunkte

Das Niedersächsische Sozialministerium hat ein ›Rahmenkonzept zur flächendeckenden Palliativversorgung‹ in Niedersachsen entwickelt, das die Einrichtung von bis zu 40 Palliativstützpunkten vorsieht. Ein solcher Stützpunkt ist ein Organisationsverbund zwischen den Leistungserbringern in der ›Spezialversorgung‹.

Sicherung der häuslichen Pflege

Zur Sicherung der ›häuslichen Pflege‹ fördert das Land die Investitionsaufwendungen der Pflegedienste durch eine landeseinheitliche Pauschale in Zuordnung zu den erbrachten Pflegeleistungen (§ 9 NpflgeG). Die Förderung kommt allen, die Pflegeleistungen durch Pflegedienste in Anspruch nehmen, zugute.

Das Niedersächsische Sozialministerium stellt den Kommunen den entsprechenden Betrag zum ›Ausgleich der Investitionsfolgeaufwendungen für Heimaufenthalte‹ der Seniorinnen und Senioren zur Verfügung.

Niedrigschwellige Betreuungsangebote und ambulante gerontopsychiatrische Zentren

Das Niedersächsische Sozialministerium hat eine ›Anerkennungsverordnung zu niedrigschwelligen Betreuungsangeboten‹ in Niedersachsen erlassen.

Seit Anfang 2004 fördert das Niedersächsische Sozialministerium den ›Auf- und Ausbau von niedrigschwelligen Betreuungsangeboten‹. Alle anerkannten Angebote erhalten grundsätzlich auf Antrag eine Förderung.

Darüber hinaus wird auf freiwilliger Basis das ›Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote‹ bei der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e.V. als Informations- und Beratungsstelle gefördert, um den Aufbau solcher Angebote flächendeckend in Niedersachsen zu erreichen.

Die Landesregierung fördert zwei ambulante ›gerontopsychiatrische Zentren‹ in Hannover. Sie übernehmen die Beratung und Vermittlung und richten sich vor allem an Menschen mit akuten Krankheitssymptomen und deren Angehörige. Auch bieten sie eine überregionale Beratung zum Aufbau weiterer ambulanter gerontopsychiatrischer Zentren und zur Verbesserung der gerontopsychiatrischen Versorgungsstruktur auf örtlicher Ebene an.

Informationsplattform Altenpflege

Im Auftrag des Niedersächsischen Sozialministeriums entwickelt das Informatikzentrum Niedersachsen (IZN) eine »Datenbank zur Erfassung aller Infrastrukturangebote der Behinderten- und Altenhilfe«. Angedacht ist eine »Informationsplattform Altenhilfe« mit den wichtigsten Struktur- und Leistungsdaten von Diensten, Einrichtungen und Organisationen, um die vielfältigen Angebote für ältere Menschen in diesem Bereich überschaubar und transparent zu machen

Wohnen im Alter

Das Niedersächsische Sozialministerium hat ein »Wohnungsbauprogramm« zur Förderung sowohl von Neubauten als auch von Um- und Ausbauten von bestehenden Wohnungen. Es werden »Altenwohnungen und Wohnungen für schwer behinderte Menschen sowie betreute Wohnungen« gefördert.

Mit Unterstützung des Niedersächsischen Sozialministeriums wurde ein »Handbuch mit Qualitätskriterien für ambulant betreute Wohngemeinschaften« veröffentlicht, das von der niedersächsischen Fachstelle für Wohnberatung entwickelt worden ist. Aus dem Projekt heraus hat sich eine landesweite Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt eine qualifizierte Wohnberatung.

Familienentlastende Dienste

Das Niedersächsische Sozialministerium fördert durch freiwillige Leistungen die »Familienentlastenden Dienste«. Die Aufgabe dieser Dienste besteht darin, die Personen zu entlasten, die in ihrem Haus-

halt einen wesentlich geistig, körperlich und/oder seelisch behinderten Menschen betreuen. Bei diesen Diensten handelt es sich um ambulante Einrichtungen, die durch Fach- und Hilfskräfte »Pflege und Betreuung in der häuslichen Umgebung« bzw. bei Bedarf auch »Gruppenbetreuung« außerhalb des Haushalts bieten.

Betreuungsvereine

Durch das Niedersächsische Sozialministerium werden »Betreuungsvereine« gefördert. Sie leisten einen »unverzichtbaren Beitrag bei der Umsetzung der staatlichen Rechtsfürsorge« für Personen, die aufgrund einer psychischen Krankheit oder einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung ihre Angelegenheiten nicht selbst besorgen können. Gefördert werden die so genannten Querschnittsaufgaben, vor allem die Gewinnung ehrenamtlicher Betreuerinnen und Betreuer, ihre Einführung in die Aufgaben, Fortbildung und Beratung sowie die Information über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen.

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Mit finanzieller Förderung durch das Niedersächsische Sozialministerium bietet das »Ethno-Medizinische Zentrum e. V. Hannover eine Hilfestellung« für ältere Menschen mit Migrationshintergrund »bei der Gesundheitsfürsorge«.

Das Niedersächsische Sozialministerium unterstützt auch die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft Migranten und Flüchtlinge in Niedersachsen (AMFN) zur Vernetzung ehrenamtlicher Tätigkeiten.

Ratgeber, Adressen und Links

Im Folgenden finden Sie zu den einzelnen Kapiteln und Themen interessante und weiterführende Adressen:

*Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit*

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover

Tel.: 0511 120-4059, Fax: 0511 120-4298

E-Mail: pressestelle@ms.niedersachsen.de

www.ms.niedersachsen.de

Allgemeines

BAGSO

Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V.

Eifelstrasse 9, 53119 Bonn

Tel.: 0228 249993-0, Fax: 0228 249993-20

E-Mail: kontakt@bagso.de

www.bagso.de

BAS

Bundesarbeitsgemeinschaft Seniorenbüros e. V.

Graurheindorfer Strasse 79, 53111 Bonn

Tel.: 0228 614074, Fax: 0228 614060

E-Mail: bas@seniorenbueros.org

www.seniorenbueros.org

Kuratorium Deutsche Altershilfe

Wilhelmine-Lübke-Stiftung e. V.

An der Pauluskirche 3, 50677 Köln,

Tel.: 0221 931847-0, Fax: 0221 931847-6

E-Mail: info@kda.de

www.kda.de

Miteinander der Generationen

Landesagentur Generationendialog

Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

Fenskeweg 2, 30165 Hannover

Tel.: 0511 3500052, Fax: 0511 3505595

www.generationendialog-niedersachsen.de

Mehrgenerationenhäuser

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,

Familie und Gesundheit, Christa Frenzel

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover, Tel.: 0511 120-3001

E-Mail: christa.frenzel@ms.niedersachsen.de

www.ms.niedersachsen.de

Engagiert im Ehrenamt

Freiwilligen-Server Niedersachsen

www.freiwilligenserver.de

Landeshauptstadt Hannover

Bernd Wintzer, Tel.: 0511 168-46132

E-Mail: bernd.wintzer@hannover-stadt.de

www.hannover.de/de/bildung_arbeit/netzwerke/fluxus

Landkreis Osnabrück

Büro für Selbsthilfe und Ehrenamt, Werner Lindwehr

Tel.: 0541 501-3129, Tel.: 0541 501-4417

E-Mail: werner.lindwehr@lkos.de

www.büro-selbsthilfe-ehrenamt.de

Landkreis Schaumburg

Kontaktstelle für Ehrenamt und Freiwilligenarbeit
Tel.: 05721 703264, Fa: 05721 703522
E-Mail: Ehrenamt21@landkreis-schaumburg.de
www.schaumburg.de

Erfahrungswissen für Initiativen(EFI) / SeniorTrainerIn
www.efi-programm.de

Freiwilligenakademie Niedersachsen

Karmarschstr. 30–32, 30159 Hannover
Tel.: 0511 300344 6, Fax: 0511 300344 89
E-Mail: info@freiwilligenakademie.de
www.freiwilligenakademie.de

Freiwilligenagentur Achim

Obernstraße 38, 28832 Achim, Tel.: 04202 9160550
Fax: 04202 9160299, E-Mail: freiwilligenagentur@achim.de
www.achim.de

Freiwilligenagentur AWO Ammerland

Dr.-Schüßler-Straße 1, 26160 Bad Zwischenahn
Tel.: 04403 916501, Fax: 04403 59900
E-Mail: info@freiwilligenagentur-ammerland.de
www.freiwilligenagentur-ammerland.de

Freiwilligenagentur Braunschweig

Stephanstr. 1, 38100 Braunschweig, Tel.: 0531 12167755
E-Mail: info.bs@freiwillig-engagiert.de

Freiwilligenagentur ›KELLU‹ Celle

Markt 18, 29221 Celle, Tel.: 05141 12400, Fax: 05141 12399
E-Mail: bildung.jugend.soziales@celle.de
www.celle.de/bürgerservice

Freiwilligen-Agentur der Delmenhorster Bürgerstiftung

Lange Straße 85/86, 27749 Delmenhorst
Tel.: 04221 6851681, Fax: 04221 6851682
E-Mail: delmenhorster.buergerstiftung@ewetel.net

Freiwilligenagentur Emden

Friedrich-Naumann-Straße 11, 26725 Emden
Tel.: 04921 93060, Fax: 04921 930616
E-Mail: dietrich_j@paritaetischer.de
www.emden.paritaetischer.de

FreiwilligenForum ›Mach mit‹

Agentur für bürgerschaftliches, freiwilliges Engagement
der Gemeinde Ganderkesee
Mühlenstraße 2–4, 27777 Ganderkesee
Tel.: 04222 44544, Fax: 04222 44120
E-Mail: freiwilligenforum@ganderkesee.de
www.gemeindeganderkesee.de/mach-mit.html

FreiwilligenAgentur Garbsen

Stadt Garbsen, Rathausplatz 1, 30823 Garbsen
Tel.: 05131 707574, Fax: 05131 707575
E-Mail: freiwilligenagentur@garbsen.de
www.garbsen.de

BONUS Freiwilligen-Zentrum

Godehardtstraße 18, 37081 Göttingen, Tel.: 0551 9995917
Fax: 0551 9995959, E-Mail: bonus@caritas-goettingen.de
www.caritas-goettingen.de/bonus.htm

Freiwilligen-Agentur Goslar

Breite Straße 98, 38640 Goslar, Tel.: 05321 394256
Fax: 05321 341229, E-Mail: freiwilligenagentur.goslar@t-online.de
www.freiwilligenagentur.goslar.de

Freiwilligenagentur des Paritätischen Hameln

Kaiserstr. 80, 31787 Hameln, Tel.: 05151 576126, Fax: 05151 59977
E-Mail: freiwilligenagentur.hameln@t-online.de

Freiwilligenzentrum Hannover e. V.

Karmarschstr. 30–32, 30159 Hannover, Tel.: 0511 3003446
Fax: 0511 30034489, E-Mail: info@freiwilligenzentrum-hannover.de
www.freiwilligenzentrum-hannover.de

Freiwilligen-Zentrum BONUS Hildesheim

Kardinal-Bertram-Straße 35, 31134 Hildesheim, Tel.: 05121 39198
Fax: 05121 998380, E-Mail: bonus-hi@freiwilligen-zentrum.de
www.freiwilligen-zentrum.de

Freiwilligen-Zentrum Lingen

Lindenstraße 13, 49808 Lingen (Ems), Tel.: 0591 9124640
Fax: 0591 9124623, E-Mail: info@freiwilligen-zentrum-lingen.de
www.freiwilligen-zentrum-lingen.de

Freiwilligenagentur des Paritätischen Lüneburg

Altenbrücker Damm 1, 21337 Lüneburg,
Tel.: 04131 861824, Fax: 04131 861840
E-Mail: freiwilligenagentur-lueneburg@paritaetischer.de
www.buergerengagement-lueneburg.de

Agentur für freiwilliges Engagement Oldenburg

Peterstraße 3, 26121 Oldenburg, Tel.: 0441 235-2311
Fax: 0441 235-34 07, E-Mail: ehrensache@stadt-oldenburg.de
www.oldenburg.de/ehrensache

Freiwilligenagentur des Paritätischen Oldenburg-Ammerland

Ziegelhofstraße 125, 26121 Oldenburg, Tel.: 0441 7790024,
Fax: 0441 7790022, E-Mail: dorothee.rensen@paritaetischer.de
www.oldenburg.paritaetischer.de

Freiwilligen-Agentur Osnabrück

Bierstraße 20, 49074 Osnabrück, Tel.: 0541 3232666
Fax: 0541 323152666, E-Mail: freisel@osnabrueck.de
www.osnabrueck.de/buergerservice/23063.html

Freiwilligenagentur Osterode

Abgunst 1, 37520 Osterode, Tel.: 05522 90770
Fax: 05522 907728, E-Mail: nikola_a@paritaetischer.de

Freiwilligen-Agentur Peine

Hannoversche Heerstraße 23, 31228 Peine, Tel.: 05171 582777
Fax: 05171 292570, E-Mail: tb@paritaetischer-peine.de
www.paritaetischer-peine.de/freiwilligenagentur.php

Freiwilligenagentur Salzgitter

Berliner Str. 76, 38226 Salzgitter, Tel.: 05341 47757
E-Mail: info.sz@freiwillig-engagiert.de
www.freiwillig-engagiert.de

Freiwilligeninitiative Rotenburg (Wümme)

Am Kirchhof 9, 27356 Rotenburg (Wümme)
Tel.: 04261 672840, E-Mail: freiwilligeninfo.rotenburg@evlka.de
www.freiwilligen-initiative.de

SPONTAN, die Nachbarschaftshilfe und

Freiwilligenagentur in Sarstedt

Eulenstraße 7, 31157 Sarstedt, Tel.: 05066 2685
Fax: 05066 900157, E-Mail: mail@spontan-sarstedt.de
www.spontan-sarstedt.de

FreiwilligenAgentur Stuhr

im Mehrgenerationenhaus ›Schaumlöffel‹
Bremer Straße 9, 28816 Stuhr-Brinkum, Tel.: 0421 2584549
E-Mail: info@freiwilligen-agentur-stuhr.de
www.freiwilligen-agentur-stuhr.de

Freiwilligenagentur der Lebenshilfe Syke e. V.

Hauptstraße 5, 28857 Syke, Tel.: 04242 922942
Fax: 04242 922929, E-Mail: caspari-bruns@lebenshilfe-syke.de
www.lebenshilfe-syke.de

FreiwilligenAgentur Weyhe - Zeit!Spende

Henry-Wetjen-Platz 4, 28844 Weyhe
Tel.: 04203 71-144 und 0421 80609913
E-Mail: briefkasten@freiwilligenagentur-weyhe.de
www.freiwilligenagentur-weyhe.de

Freiwilligenagentur Wilhelmshaven

Posener Straße 97, 26388 Wilhelmshaven
Tel.: 04421 950287, Fax: 04421 7795196

Freiwilligenagentur Jugend-Soziales-Sport Wolfenbüttel

Im Kamp 3–6, 38300 Wolfenbüttel, Tel.: 05331 902626
Fax: 05331 984956, E-Mail: info@freiwillig-engagiert.de
www.freiwillig-engagiert.de

Selbsthilfe – fester Bestandteil der sozialen Landschaft

Selbsthilfebüro Niedersachsen

Gartenstraße 18, 30161 Hannover, Tel.: 0511 391928,
Fax: 0511 391907, E-Mail: selbsthilfe-buero-nds@gmx.de
www.selbsthilfe-buero.de

Arbeitsmarkt öffnen

Landkreis Osnabrück

Bildungskoordination
Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück
Tel.: 0541 501-4191, E-Mail: fedler@LKOS.de

Senioren und Wirtschaft – ein Zukunftsthema

Landesinitiative Niedersachsen

generationengerechter Alltag (LINGA)
Wolfsburg AG, Frau Katrin Klaus-Witten
Major-Hirst-Straße 11, 38442 Wolfsburg, Tel.: 05361 897-4558
E-Mail: karin.klaus-witten@wolfsburg-ag.com
www.linga-online.de

SEN@ER – Seniorenwirtschaft

Netzwerk Europäischer Regionen
www.silvereconomy-europe.org

Forum Alter und Zukunft

www.ms.niedersachsen.de
Pfad: Home > Themen > Soziales > Leben im Alter

Senior Experten Service

Stiftung der Deutschen Wirtschaft für internationale
Zusammenarbeit gGmbH
Buschstraße 2, 53113 Bonn, Tel.: 0228 26090-0
Fax: 0228 26090-77, E-Mail: ses@ses-bonn.de
www.ses-bonn.de

Altersdiskriminierung bekämpfen

Büro gegen Altersdiskriminierung e. V.

Bobstr. 9, 50676 Köln, Tel. und Fax: 0221 9345007

E-Mail: baldis@gmx.de

www.altersdiskriminierung.de

Bildung – lebenslanges Lernen

Niedersächsischer Bund für freie Erwachsenenbildung e. V.

Bödekerstr. 18, 30161 Hannover, Tel.: 0511 36491-0

Fax: 0511 36491-40, E-Mail: info@nbeb.de

www.nbeb.de

Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Agentur für Erwachsenenbildung

Leibnizufer 9, 30169 Hannover, Tel.: 0511 120-0

E-Mail: pressestelle@mwk.niedersachsen.de

www.mwk.niedersachsen.de

Pfad: Home > Themen > Weiterbildung > Erwachsenenbildung

Medien – neue Möglichkeiten nutzen

Ganz einfach Internet

www.50plus-ans-netz.de

Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 0511 3500052

Fax: 0511 3505595, E-Mail: info@gesundheit-nds.de

www.gesundheit-nds.de

Mobilität – Grundbedürfnis auch im Alter

Tourismus Marketing Niedersachsen GmbH

Theaterstraße 4–5, 30159 Hannover, Tel.: 0511 270488-0

Fax: 0511 270 488-88, E-Mail: info@tourismusniedersachsen.de

www.reiseland-niedersachsen.de/specials/reisethemen/urlaub-ab-50plus/

Landesverkehrswacht Niedersachsen e. V.

Arndtstraße 19, 30167 Hannover, Tel: 0511 35772681

Fax: 0511 35772682, E-Mail: info@landesverkehrswacht.de

www.landesverkehrswacht.de

Land

Landesseniorenrat Niedersachsen e. V.

Odeonstrasse 12, 30159 Hannover, Tel.: 0511 1236425

Fax: 0511 1236429, E-Mail: lsr-nds@t-online.de

Niedersächsisches Landesamt für Soziales, Jugend und Familie

Domhof 1, 31134 Hildesheim, Tel.: 05121 3040, Fax: 05121 304-611

www.soziales.niedersachsen.de

Senioren im Parlament, Niedersächsischer Landtag

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover

Tel.: 0511 3030-2044 oder -2045 oder -2048, Fax: 0511 3030-2814

E-Mail: pressestelle@lt.niedersachsen.de

www.landtag-niedersachsen.de

*Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
in Niedersachsen*

Osterstraße 27, 30159 Hannover, Tel.: 0511 852099
Fax: 0511 2834774, E-Mail: lag.fw.nds@t-online.de

**Prävention und Gesundheitsförderung –
eine lebenslange Aufgabe**

Niedersächsisches Landesgesundheitsamt

Roesebeckstr. 4–6, 30449 Hannover, Tel.: 0511 4505-0
Fax: 0511 4505-140, E-Mail: poststelle@nlga.niedersachsen.de
www.nlga.niedersachsen.de

Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.

Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 0511 3500052
Fax: 0511 350 55 95, E-Mail: info@gesundheit-nds.de
www.gesundheit-nds.de

Sport – älter werden und dabei aktiv bleiben

Aktiv über 50

www.richtigfit-ab50.de

LandesSportBund Niedersachsen e. V.

Ferdinand-Wilhelm-Fricke Weg 10, 30169 Hannover
Tel.: 0511 1268-221, Fax: 0511 1268-220
E-Mail: info@lsb-niedersachsen.de
www.lsb-niedersachsen.de

Geriatrie – Ausbau einer differenzierten Versorgung

Geriatrische Einrichtungen

Niedersächsische Krankenhausgesellschaft (NKG)
Thielenplatz 3, 30165 Hannover, Tel.: 0511 307630
Fax: 0511 3076311, E-Mail: nkgev@t-online.de
www.nkgev.de

Vorsorgevollmacht für Unfall, Krankheit und Alter

Niedersächsisches Justizministerium, Am Waterlooplatz 1
30169 Hannover, E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de
www.mj.niedersachsen.de
Pfad: Home > Service > Publikationen

*Ratgeber »Patientenverfügung – Vorsorgevollmacht und
Betreuungsverfügung«*

Verbraucherzentrale Niedersachsen e. V., Versandservice
Postfach 61 26, 30061 Hannover, Tel.: 0511 91196-0
Fax: 0511 91196-10, E-Mail: info@vzniedersachsen.de
www.verbraucherzentrale-niedersachsen.de

Pflege – hohe Qualität sichern

Pflege-Notruftelefon Niedersachsen

Tel.: 01802 000872
c/o Sozialverband Deutschland, Landesverband Niedersachsen

Personalinitiative Pflege

Landesarbeitskreis, Personalinitiative Pflege
Leistelle Personalinitiative Pflege, c/o Sozialverband Deutschland
LV Niedersachsen e. V., Herschelstr. 31, 30159 Hannover
Tel.: 0511 7014893, Fax: 0511 7014870
E-Mail: info@pflegeleitstelle-niedersachsen.de

Landespflegeausschuss, Geschäftsstelle
 c/o Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
 Familie und Gesundheit, Postfach 1 41, 30001 Hannover
www.ms.niedersachsen.de
 Pfad: Home > Themen > Soziales > Landespflegeausschuss

*Informationsbüro für niedrigschwellige Betreuungsangebote
 in Niedersachsen*

Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen e. V.
 Fenskweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 0511 3500052
 Fax: 0511 3505595, E-Mail: info@gesundheit-nds.de
www.niedrigschwellige-betreuungsangebote-nds.de

Demenz – die Alterskrankheit der Zukunft

Kompetenznetz Demenzen
www.kompetenznetz-demenzen.de

Alzheimer Angehörigen-Initiative e. V.
 Reinickendorfer Str. 61, D-13347 Berlin, Tel.: 030 47378995
 Fax: 030 47378997, E-Mail: AAI@AlzheimerForum.de
www.AlzheimerForum.de

Deutsche Alzheimer Gesellschaft e. V.
 Friedrichstr. 236, 10969 Berlin, Tel.: 030 2593795-0
 Fax: 030 2593795-29, E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de
www.deutsche-alzheimer.de

Palliativmedizin und Hospize – in Würde sterben

Palliativ-Arbeitsgemeinschaft Niedersachsen
www.palliativ-nds.de
Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz in Niedersachsen
 E-Mail: hospiz.lag@hospiz-nds.de
www.hospiz-nds.de

Wohnen im Alter – Neue Wohnformen

Wohnraumförderung in Niedersachsen
 Niedersächsisches Sozialministerium, Postfach 141, 30001 Hannover
www.ms.niedersachsen.de > Themen > Bauen & Wohnen
 Niedersächsische Landestreuhandstelle (LTS)
 Schiffgraben 30, 30175 Hannover, Tel.: 0511361-5773 oder -5774,
 Fax: 0511 361-5706, E-Mail: info@lts-nds.de
www.lts-nds.de > Förderlotse

Wohnungsbauförderungstellen
 der Landkreise, Städte und Gemeinden

Niedersächsische Fachstelle für Wohnberatung
 Büro Hannover, Dipl.-Ing. Katrin Hodler, Scharnikaustraße 8
 30625 Hannover, Tel.: 0511 38828-95/96, Fax: 0511 3882897
 E-Mail: info@fachstelle-wohnberatung.de,
www.fachstelle-wohnberatung.de

Forum Gemeinschaftliches Wohnen e. V.
 Bundesvereinigung (FGW), Brehmstr. 1 A, 30173 Hannover
 Tel: 0511 4753-235 und 4753-273, Fax: 0511 4753-530
 E-Mail: info@fgwa.de
www.fgwa.de

Leben im Heim

Pflegeheime in Niedersachsen
www.pflegeheim-navigator.de

Liste der Alten- und Pflegeheime in Niedersachsen
www.wohnen-im-alter.de/niedersachsen/übersichtniedersachsen.htm

*Heimataufsichtsbehörden der zuständigen Landkreise/
kriesfreien Städte*
[www.niedersachsen.de/master/
C8655614_N1701814_L20_DO_I198.html](http://www.niedersachsen.de/master/C8655614_N1701814_L20_DO_I198.html)

Ältere Menschen mit Behinderungen

Behindertenbeauftragter des Landes Niedersachsen
Karl Finke, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover
Tel.: 0511 120-4007, Fax: 0511 120-4290
E-Mail: karl.finke@ms.niedersachsen.de
www.behindertenbeauftragter-niedersachsen.de

Rechtliche Betreuung

Ratgeber »Das Betreuungsrecht«
Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und
Gesundheit, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2, 30159 Hannover
Tel.: 0511 120-0, Fax: 0511 120-4298
www.ms.niedersachsen.de
Pfad: Home > Service > Publikationen

Ältere Menschen mit Migrationshintergrund

Integrationsbeauftragte des Landes Niedersachsen
Frau Honey Deihimi, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und
Sport, Clemensstraße 17, 30169 Hannover, Tel.: 0511 120-4862
E-Mail: Honey.Deihimi@mi-niedersachsen.de
www.mi.niedersachsen.de

Ethno-Medizinisches Zentrum e. V.
Königstraße 6, 30175 Hannover, Tel.: 0511 168-41020
E-Mail: ethno@onlinehome.de
www.ethno-medizinisches-zentrum.de

*Arbeitsgemeinschaft Migrantinnen / Migranten
und Flüchtlinge in Niedersachsen (AMFN e. V.)*
Zur Bettfedernfabrik 1, 30451 Hannover, Tel.: 0511 9215803
Fax: 0511 9215527, E-Mail: info@amfn.de
www.amfn.de

Gleichgeschlechtliche Lebensformen

*Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit*
Hans Hengelein, Tel.: 0511 120-4010
E-Mail: Hans.Hengelein@ms.niedersachsen.de
Christa Frenzel, Tel.: 0511 120-3001
E-Mail: Christa.Frenzel@ms.niedersachsen.de

Literaturverzeichnis

Birg, Herwig: *Die demographische Zeitenwende. Der Bevölkerungsrückgang in Deutschland und Europa*, München 2002

Buchholz, Marcus: *Ehrenamt*, Hannover 2006

Büro gegen Altersdiskriminierung e. V. (Hg.): *Lebensalter und Diskriminierung. Dokumentation und Auswertung des ersten bundesweiten Beschwerdetages zum Thema Altersdiskriminierung*, Köln 2002

Deutsch, Dorette: *Schöne Aussichten für das Alter*, München 2006

Grymer, Herbert u. a.: *Altengerechte Stadt – Das Handbuch. Partizipation älterer Menschen als Chance für die Städte*, Wuppertal 2005

Haiden, Christine: *Vielleicht bin ich ja eine Wunder*. Gespräche mit 100-jährigen, Berlin 2006

Hallauer, Johannes F. / Kurz, Alexander: *Weißbuch Demenz. Versorgungssituation relevanter Demenzerkrankungen in Deutschland*, Stuttgart 2002

Krieb, Christine / Reidl, Andreas: *Seniorenmarketing. So erreichen Sie die Zielgruppe der Zukunft*, Landsberg 2001

Lehr, Ursula: *Psychologie des Alters*, 10. Aufl., Wiebelsheim 2003

Niedersächsisches Landesamt für Statistik: *Niedersachsen-Monitor* 2006, Seite 59–89

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit (Hg.): *Landespflegebericht. Nach § 2 des Niedersächsischen Pflegegesetzes (NPflegeG)*. Hannover 2006

Niejahr, Elisabeth: *Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten*, Frankfurt a. M. 2004

Opaschowski, Horst W.: *Der Generationenpakt. Das soziale Netz der Zukunft*, Darmstadt 2004

Opaschowski, Horst W.: *Deutschland 2020. Wie wir morgen leben – Prognosen der Wissenschaft*, Wiesbaden 2004

Opaschowski, Horst W.: *Besser leben – schöner wohnen? Leben in der Stadt der Zukunft*, Bonn 2006

Schenk, Herrad: *Der Altersangst-Komplex. Auf dem Weg zu einem neuen Selbstbewusstsein*, München 2005

Scherf, Henning: *Grau ist bunt. Was im Alter möglich ist*, Freiburg 2006

Schirmacher, Frank: *Das Methusalem-Komplott. Die Menschheit altert in unvorstellbarem Ausmaß*, München 2004

Schirmacher, Frank: *Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft*, München 2006

Schlag, Bernhard / Megel, Katrin (Eds.): *Mobilität und gesellschaftliche Partizipation im Alter. Schriftenreihe des BMFSFJ*, Stuttgart 2002

Schneider, Regine: *55plus – Die Kunst des Älterwerdens. Prominente Frauen erzählen*, Frankfurt 2005

Stiftung Warentest: *Leben und Wohnen im Alter*, Berlin 2006

Vogelskamp, Stephan Alexander / Günther, Roland: *Das süße Leben. Der neue Blick auf das Alter und die Chancen schrumpfender Städte*, Essen 2005

Herausgeber:
Niedersächsisches Ministerium
für Soziales, Frauen,
Familie und Gesundheit
www.ms.niedersachsen.de

Gestaltung:
formfuersorge, Hannover

Fotos:
gettyimages, Picture-Alliance/dpa (5 Bilder),
corbis, fotolia, mint3, Freie Altenarbeit
Göttingen e. V., Heimatwerk, fitage, Korthals

Mai 2007

Diese Broschüre darf, wie alle Publikationen
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung
in Wahlkämpfen verwendet werden.